

Niederschrift

über die 26. Sitzung des Kreistages am 26. März 2009

Anwesend:

Der Vorsitzende

Landrat Pusch, Stephan, Hückelhoven

Die Kreistagsmitglieder

Beckers, Franz-Josef, Wassenberg
Bonitz, Karin, Wegberg
Caron, Wilhelm Josef, Wassenberg
Dahlmanns, Erwin, Gangelt
Derichs, Ralf, Erkelenz
Düsterwald, Wilhelm, Hückelhoven
Eßer, Herbert Konrad, Heinsberg
(bis TOP 10)
van den Eynden, Franz, Gangelt
Fürkötter, Franz-Josef, Übach-Palenberg
Gielen, Rosemarie, Gangelt
Gudat, Helmut, Hückelhoven
Dr. Hachen, Gerd, Erkelenz
Hansen, Bernd, Wegberg
Hecker, Hildegard, Hückelhoven
Hensen, Heinrich, Wassenberg
Dr. Herzberg, Hanshenning, Hückelhoven
Horst, Ulrich, Hückelhoven
Jüngling, Liane, Übach-Palenberg
Dr. Kehren, Hanno, Hückelhoven
Krekels, Gerhard, Selfkant
Krings, Werner, Waldfeucht
Laumanns, Erich, Erkelenz
Lausberg, Leonard, Heinsberg
Dr. Leonards-Schippers, Christiane,
Hückelhoven
Meurer, Maria, Erkelenz
Offermanns, Manfred J., Übach-Palenberg
Paffen, Wilhelm, Heinsberg
Paulsen, Heinz-Jakob, Wegberg
Przibylla, Siegfried, Erkelenz
Reyans, Norbert, Selfkant
Rode, Friedhelm, Übach-Palenberg
Röhrich, Karl-Heinz, Übach-Palenberg
Rütten, Wilhelm, Erkelenz
Schaaf, Edith, Erkelenz
Schott, Frank, Geilenkirchen
Schlömer, Klara, Wegberg
Schlößer, Harald, Erkelenz
Schmitz, Josef, Waldfeucht
Schreinemacher, Walter Leo, Heinsberg
Sonntag, Ullrich, Geilenkirchen

Spreitzer, Egon, Übach-Palenberg
Thelen, Friedhelm, Geilenkirchen
Dr. Thesling, Hans-Josef, Heinsberg
(ab TOP 6, bis TOP 12)
Tholen, Heinz-Theo, Waldfeucht
Vergossen, Heinz Theo, Heinsberg
Dr. Wamper, Horst, Geilenkirchen
Wolter, Heinz-Jürgen, Hückelhoven

Es fehlen entschuldigt:

Holländer, Heinz-Egon, Hückelhoven
Müller, Herbert, Wegberg
Plein, Hans-Jürgen, Geilenkirchen
Ringerling, Marietta, Erkelenz
Skottke, Wolfgang, Heinsberg
Schmitz, Heinz-Willi, Hückelhoven
Tillmanns, Sofia, Geilenkirchen

Von der Verwaltung

Kreisdirektor Deckers
Ltd. Kreisverwaltungsdirektor Preuß
Ltd. Kreisverwaltungsdirektor Schöppgens
Kreisverwaltungsdirektorin Machat
Kreisrechtsdirektor Nießen
Kreisverwaltungsdirektor Kremers
Kreisrechtsrätin Ritzerfeld
Kreisrechtsrat z. A. Schneider
Dipl.-Ing. Gleichmann
Kreisamtmann Moll
Rechtspraktikant Dautzenberg

Beginn der Sitzung: 18.00 Uhr

Ende der Sitzung: 20.15 Uhr

Der Kreistag des Kreises Heinsberg versammelt sich heute im großen Sitzungssaal des Kreishauses in Heinsberg, um über folgende Punkte der Tagesordnung zu beraten und zu beschließen:

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung:

1. Ausschussergänzungswahlen
2. Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter für das Oberverwaltungsgericht Münster
3. Haushaltsüberschreitungen im Haushaltjahr 2008
4. Vorlage der Jahresrechnung des Kreises Heinsberg für das Haushaltsjahr 2008
5. Einwendung gegen den Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2009
6. Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2009
7. Abstufung der Kreisstraße 27 auf dem Gebiet der Stadt Übach-Palenberg zur Gemeindestraße
8. Anträge der UB-Kreistagsfraktion sowie der SPD-Kreistagsfraktion betr. Ehrenamtspass für den Kreis Heinsberg
9. Vorstellung der planerischen Überlegungen zur Errichtung einer Turnhalle einschließlich Büro- und Nebenräumen an der Carl-Severing-Straße in Heinsberg
10. Antrag der CDU-Kreistagsfraktion „Resolution zur Verschärfung der Gesetzeslage zur nachträglichen Sicherungsverwahrung“

Nichtöffentliche Sitzung:

11. Ernennung eines stellvertretenden Kreisbrandmeisters
12. Ernennungs- bzw. Höhergruppierungsvorschläge für das Jahr 2009
13. Anzeigepflicht gem. § 18 Korruptionsbekämpfungsgesetz

Vor Eintritt in die Beratung gibt Landrat Pusch bekannt, dass die UB-Kreistagsfraktion am Sitzungstage mitgeteilt habe, dass der fraktionslose Kreistagsabgeordnete Fürkötter von der UB-Fraktion gem. § 9 der Geschäftsordnung für den Kreistag als Hospitant mit Wirkung vom Sitzungstage aufgenommen wurde und sich daher auch die Sitzordnung entsprechend verändert habe. Sodann stellt Landrat Pusch die vorliegende Tagesordnung, die ordnungsgemäße Einberufung und die Beschlussfähigkeit fest.

Öffentliche Sitzung:

Tagesordnungspunkt 1:

Ausschussergänzungswahlen

Die auf der Reserveliste der CDU stehende Rosemarie Gielen, Gangelt, wurde gem. § 45 Abs. 2 KWahlG als Nachfolgerin für das ausgeschiedene Kreistagsmitglied Matthias Schiffer festgestellt und gehört dem Kreistag seit dem 01.12.2008 an.

Mit Schreiben vom 26.02.2009 hat die CDU-Kreistagsfraktion für die bisher von Herrn Schiffer wahrgenommen Mitgliedschaften in Ausschüssen und Gremien entsprechende Neubesetzungen vorgeschlagen. Nach § 35 Abs. 3 Satz 5 KrO wählen die Kreistagsmitglieder im Falle des vorzeitigen Ausscheidens eines Mitgliedes auf Vorschlag der Fraktion, welcher das ausgeschiedene Mitglied bei seiner Wahl angehörte, einen Nachfolger.

Für die erforderlichen Ergänzungswahlen liegen im Einzelnen folgende Vorschläge vor:

Gremium	Mitglied	stellv. Mitglied
Jugendhilfeausschuss	Rosemarie Gielen	wie bisher
Kuratorium Anton-Heinen-Volkshochschule	Rosemarie Gielen	wie bisher
Kreispolizeibeirat	wie bisher	Rosemarie Gielen
Ausschuss für Gesundheit und Soziales	wie bisher	Daniel Reichling
Ausschuss für Umwelt und Verkehr	wie bisher	Rosemarie Gielen
Bauausschuss	wie bisher	Rosemarie Gielen
Schulausschuss	wie bisher	Rosemarie Gielen
Aufsichtsrat der Kreiswerke Heinsberg GmbH	wie bisher	Rosemarie Gielen
Gesellschafterversammlung der Interkommunalen Entwicklungsgesellschaft Hückelhoven- Wassenberg mbH	wie bisher	Rosemarie Gielen
Regio-Rat	wie bisher	Rosemarie Gielen

Die Ausschussergänzungswahlen liegen gem. § 35 Abs. 3 KrO in der Zuständigkeit des Kreistages.

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag einstimmig eine entsprechende Beschlussfassung.

Der Kreistag folgt der Empfehlung durch einstimmigen Beschluss.

Landrat Pusch hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.

Tagesordnungspunkt 2:

**Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter für das Oberverwaltungsgericht
Münster**

Die Amtszeit der ehrenamtlichen Richter/-innen beim Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen in Münster läuft am 31.01.2010 ab. Bei der Wahl der ehrenamtlichen Richter/-innen für die kommende Wahlperiode (01.02.2010 bis 31.01.2015) wirken die Kreise in der Weise mit, dass sie bis zum 1. Juli d. J. eine Vorschlagsliste aufstellen. Der für die Neuwahl zuständige Wahlausschuss hat für jeden Kreis und jede kreisfreie Stadt die Zahl der Personen bestimmt, die in die Vorschlagslisten aufzunehmen sind. Hierbei wurde die Zahl der vom Kreistag des Kreises Heinsberg zu benennenden Personen auf vier festgesetzt.

Maßgebend für die Aufnahme in die Vorschlagsliste bzw. Berufung zum ehrenamtlichen Richter sind die Bestimmungen der §§ 20 bis 23 der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO). Der Wortlaut dieser Bestimmungen lag den Erläuterungen zur Sitzung des Kreisausschusses als Anlage 1 bei. Hierauf wird Bezug genommen. In diesem Zusammenhang wird insbesondere auf § 22 Nr. 3 VwGO hingewiesen, wonach Beamte und Angestellte im öffentlichen Dienst – soweit sie nicht ehrenamtlich tätig sind – nicht zu ehrenamtlichen Richtern berufen werden können. Zum öffentlichen Dienst zählt auch die Tätigkeit bei Körperschaften, Stiftungen und Anstalten des öffentlichen Rechts (z. B. Sparkassen).

Für die Aufnahme in die Liste ist die Zustimmung von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder des Kreistages, mindestens jedoch die Hälfte der gesetzlichen Mitgliederzahl, erforderlich. Zu beachten ist des Weiteren, dass die vorgeschlagenen Personen nicht bereits als ehrenamtliche Richterinnen und Richter des Verwaltungsgerichts Aachen tätig sind, weil dadurch Probleme bei der Amtswahrnehmung entstehen können. Als ehrenamtliche Richterinnen und Richter des Verwaltungsgerichts Aachen sind derzeit tätig:

1. Albrecht Hans,
2. Caron, Wilhelm Josef
3. Dahlmanns, Erwin
4. Dulies, Annemarie
5. Eßer, Herbert Konrad
6. Fell, Manfred
7. Gielen, Rosemarie
8. Grefen, Franz
9. Heuter, Hans-Josef

...

10. Paulus, Hans-Josef
11. Reermann, Marieluise
12. Sonntag, Ullrich
13. Thelen, Friedhelm
14. Bäßler, Petra
15. Hasert, Maria
16. Mundus, Alexandra
17. Küppers-Hofmann, Sofia-Elsbeth
18. Meurer, Maria
19. Eichhorn-Jordan, Roswitha
20. Schreinemacher, Walter Leo
21. Hecker, Hildegard

In die letztmalig im Jahre 2004 aufgestellte Vorschlagsliste für das Oberverwaltungsgericht Münster wurden folgende Personen aufgenommen:

Claßen, Gerd-Peter
van den Eynden, Franz
Reyans, Norbert Heinrich
Schaaf, Edith

Die unterstrichenen Personen wurden von dem für die Wahl zuständigen Ausschuss zu ehrenamtlichen Richtern gewählt.

Nach Beratung in seiner Sitzung empfiehlt der Kreisausschuss dem Kreistag einstimmig, folgende Personen in die Vorschlagsliste aufzunehmen:

CDU	Jüngling, Liane, Übach-Palenberg Schaaf, Edith, Erkelenz
SPD	van den Eynden, Franz, Gangelt
GRÜNE	Tillmanns, Sofia, Geilenkirchen

Der Kreistag folgt der Empfehlung des Kreisausschusses durch einstimmige Beschlussfassung bei einer Enthaltung.

Tagesordnungspunkt 3:

Haushaltsüberschreitungen im Haushaltsjahr 2008

Mit der Einladung zur Sitzung des Finanzausschusses am 12.03.2009 wurde allen Kreistagsabgeordneten eine Aufstellung der Haushaltsüberschreitungen im Haushaltsjahr 2008 zugesandt. Hierauf wird Bezug genommen. Eine Ausfertigung der Aufstellung ist der Original-Niederschrift beigelegt.

Entsprechend dem Vorschlag des Kreisausschusses nimmt der Kreistag die aufgeführten Haushaltsüberschreitungen zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 4:

Vorlage der Jahresrechnung des Kreises Heinsberg für das Haushaltsjahr 2008

Die Jahresrechnung des Kreises Heinsberg für das Haushaltsjahr 2008 schließt mit folgenden Gesamtbeträgen ab:

Feststellung des Ergebnisses des Haushaltsjahres 2008

Haushaltsrechnung - Haushaltsjahr 2008 -	Verwaltungshaushalt €	Vermögenshaushalt €	Gesamthaushalt €
Soll-Einnahmen	216.873.355,37	14.405.037,59	231.278.392,96
+ Neue Haushaltseinnahmereste	0,00	0,00	0,00
./. Abgang alter Haushaltseinnahmereste	0,00	5.892.874,40	5.892.874,40
./. Abgang alter Kasseneinnahmereste	397.057,34	0,00	397.057,34
Summe bereinigte Soll-Einnahmen	216.476.298,03	8.512.163,19	224.988.461,22
Soll-Ausgaben	216.515.798,36	11.171.304,72	227.687.103,08
+ Neue Haushaltsausgabereste	0,00	0,00	0,00
./. Abgang alter Haushaltsausgabereste	39.500,33	2.659.141,53	2.698.641,86
./. Abgang alter Kassenausgabereste	0,00	0,00	0,00
Summe bereinigte Soll-Ausgaben	216.476.298,03	8.512.163,19	224.988.461,22
Fehlbetrag/Sollüberschuss	0,00	0,00	0,00

nachrichtlich:

In den Sollausgaben sind enthalten	Mehr/Weniger €	Haushaltsansatz €	Anordnungssoll €
Überschuss nach § 41 Abs. 3 Satz 2 GemHVO	0,00	0,00	0,00
Zuführung zum Vermögenshaushalt	- 76.318,39	2.871.600,00	2.795.281,61

Landrat Pusch teilt mit, dass er gem. § 25 Abs. 2 KrO zu diesem Tagesordnungspunkt kein Stimmrecht habe und von der Mitwirkung ausgeschlossen sei.

Die Beratung und Beschlussfassung erfolgt unter Vorsitz des 1. stellv. Landrats Paffen.

Entsprechend der Empfehlung des Kreisausschusses leitet der Kreistag die Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2008 einstimmig dem Rechnungsprüfungsausschuss zu.

Landrat Pusch hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.

Tagesordnungspunkt 5:

Einwendung gegen den Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2009

§ 80 der Gemeindeordnung, der auch für Kreise gilt, sieht vor, dass Einwohner und Abgabepflichtige innerhalb einer öffentlich bekannt zu gebenden Frist von mindestens 14 Tagen Einwendungen gegen den Entwurf der Haushaltssatzung erheben können. Innerhalb der für den Entwurf der Haushaltssatzung des Kreises Heinsberg für das Haushaltsjahr 2009 insoweit bekannt gemachten Frist vom 30.01.2009 bis 13.02.2009 ist der Verwaltung eine Einwendung zugegangen, die allen Kreistagsabgeordneten mit der Einladung zur Sitzung des Finanzausschusses am 12.03.2009 zugesandt wurde. Zu den mit den Einwendungen aufgeworfenen Fragestellungen hat der Landrat mit Schreiben vom 24.02.2009, das ebenfalls der Einladung zur Sitzung des Finanzausschusses beigelegt war, Stellung bezogen.

Hinsichtlich der Beurteilung der Einwendung seitens der Verwaltung wird auf die Inhalte dieses Schreibens verwiesen.

Nachdem der Einwender mit Schreiben vom 02.03.2009 erklärt hat, dass seine Bedenken durch das Schreiben des Landrates vom 24.02.2009 nicht entkräftet werden konnten, schlägt der Kreisausschuss entsprechend dem Vorschlag des Finanzausschusses dem Kreistag einstimmig vor, die Einwendung zurückzuweisen.

Entsprechend dem Vorschlag des Kreisausschusses weist der Kreistag mehrheitlich bei einer Nein-Stimme die Einwendung zurück.

Tagesordnungspunkt 6:

Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2009

Der Entwurf der Haushaltssatzung des Kreises Heinsberg für das Haushaltsjahr 2009 wurde am 29.01.2009 in den Kreistag eingebracht, den Kreistagsabgeordneten ausgehändigt und vom Kreistag zur Beratung an den Finanzausschuss verwiesen. Zur weiteren Information wurde den Kreistagsabgeordneten mit der Einladung zu dieser Kreistagssitzung eine Verfügung des Landrats an die Bürgermeister der Städte und Gemeinden des Kreises Heinsberg mit den wesentlichen Eckdaten des Haushaltsentwurfs 2009 übersandt. Auf diese Unterlagen wird ergänzend verwiesen.

Entsprechend dem Vorschlag des Finanzausschusses empfiehlt der Kreisausschuss dem Kreistag mehrheitlich bei vier Nein-Stimmen und zwei Enthaltungen, der Haushaltssatzung 2009 in der im Entwurf vorliegenden Fassung zuzustimmen.

Zum Haushalt nehmen für die Kreistagsfraktionen die Fraktionsvorsitzenden Reyans, Hensen, Meurer, Schreinemacher und Hecker Stellung. Ihre Ausführungen sind der Niederschrift als Anlagen 1 bis 5 beigelegt.

Entsprechend den Empfehlungen des Finanzausschusses und des Kreisausschusses stimmt der Kreistag mehrheitlich bei 19 Nein-Stimmen der Haushaltssatzung 2009 zu.

Tagesordnungspunkt 7:

Abstufung der Kreisstraße 27 auf dem Gebiet der Stadt Übach-Palenberg zur Gemeindestraße

Zum sogenannten „klassifizierten Straßennetz“ gehören die Bundesfernstraßen, die Landesstraßen und die Kreisstraßen. Nach § 1 des Bundesfernstraßengesetzes (FStrG) dienen die Bundesfernstraßen einem „weiträumigen Verkehr“ und bilden ein zusammenhängendes Verkehrsnetz. Nach § 3 des Straßen- und Wegegesetzes des Landes NRW (StrWG NRW) haben Landesstraßen mindestens „regionale Verkehrsbedeutung“ und dienen den durchgehenden Verkehrsverbindungen; sie sollen untereinander und mit den Bundesfernstraßen ein zusammenhängendes Netz bilden. Kreisstraßen sind demnach Straßen mit „überörtlicher Verkehrsbedeutung“, die den zwischenörtlichen Verkehrsverbindungen dienen; sie sollen mindestens einen Anschluss an eine Bundesstraße, Landesstraße oder Kreisstraße haben.

Im Süden des Kreises Heinsberg bzw. auf dem Gebiet der Stadt Übach-Palenberg und grenzüberschreitend in den Kreis Aachen existieren augenblicklich u. a. folgende regional bedeutsame Straßen:

- die B 221 mit Nord-Süd-Ausrichtung von Alsdorf über Übach-Palenberg nach Geilenkirchen
- die L 225 mit West-Ost-Ausrichtung von der B 221 in Holthausen zur B 57 nördlich Baesweiler
- die L 240 mit West-Ost-Ausrichtung von der L 232 südlich Boscheln zur B 57 südlich Baesweiler.

In diesem Raum befindet sich auch die mit West-Ost-Ausrichtung von der B 221 in Boscheln zur B 57 in Baesweiler verlaufende Kreisstraße 27 (K 27). Die K 27 ist in der Übersichtskarte gekennzeichnet, die den Erläuterungen zur Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr am 16.03.2009 als Anlage 2 beigelegt war. Auf dem Gebiet des Kreises Heinsberg hat sie eine Streckenlänge von rd. 1,100 km.

Des Weiteren befindet sich momentan die mit Beschluss des Ministeriums für Bauen und Verkehr des Landes NRW vom 10. September 2007 planfestgestellte B 57 n mit Nord-Süd-Ausrichtung von der L 240 südlich Boscheln bis zur B 56 bei Geilenkirchen-Immendorf in der Ausführung. Diese erhält nördlich von Boscheln eine Verknüpfung mit der L 225 in Form eines Kreisverkehrs; die K 27 kreuzt zwar die B 57 n westlich von Boscheln, wird aber nicht mit ihr verknüpft.

Darüber hinaus hat der Kreis Aachen im Jahre 2008 westlich der Ortslage Baesweiler eine „Querspange“ als Verbindung zwischen der L 225 im Norden und der K 27 im Bereich der Berghalde „Carl-Alexander“ im Süden neu gebaut und auch bereits dem Verkehr übergeben. Nach einvernehmlicher Abstimmung zwischen dem Kreis Aachen und der Stadt Baesweiler wurde diese „Querspange“ mit dem Ziel gebaut, die Funktion des westlich davon gelegenen Abschnittes der bisherigen K 27 zu übernehmen. Der Kreis Aachen beabsichtigt daher, die „Querspange“ als neue K 27 zu widmen und die Umstufung bzw. Abstufung des genannten Streckenabschnittes der bisherigen K 27 zur Gemeindestraße gemäß § 8 StrWG NRW zu beantragen. Dementsprechende Beschlüsse der zuständigen Gremien der Stadt Baesweiler sowie des Kreises Aachen wurden bereits gefasst.

Zuständige Behörde für den Erlass einer dementsprechenden Abstufungsverfügung i. S. v. § 8 StrWG NRW ist die Bezirksregierung Köln. Die beteiligten Träger der Straßenbaulast sind gemäß § 8 Abs. 3 StrWG NRW vorher mit dem Ziel einer einvernehmlichen Regelung zu hören.

Der Kreis Aachen hat daher auch den Kreis Heinsberg und die Stadt Übach-Palenberg um Zustimmung zu einer Abstufung des auf dem Gebiet des Kreises Heinsberg gelegenen Streckenabschnittes der K 27 zur Gemeindestraße gebeten. Seitens der Stadt Übach-Palenberg wurde ein Alternativvorschlag erarbeitet, den der Rat der Stadt am 10. Februar 2009 beschlossen hat.

Die Straßenbauverwaltung des Kreises Heinsberg teilt allerdings die Einschätzung des Kreises Aachen und der Stadt Baesweiler, dass die bisherige K 27 auf dem Abschnitt von der B 221 in Boscheln bis zur Verknüpfung mit der v. g. neuen „Querspange“ nach ihrer neuen Lage im Netz die Verkehrsbedeutung einer Kreisstraße verloren hat; sie hat dort nur noch örtliche Verkehrsbedeutung, so dass für diesen Streckenabschnitt eine Abstufung zur Gemeindestraße angezeigt ist. Hierzu wird auch auf die als Anlage beigefügte Übersichtskarte verwiesen, die die Lage der maßgeblichen Straßen zueinander veranschaulicht.

Nach der Lage im klassifizierten Straßennetz entspricht eine Umstufung bzw. Abstufung des genannten Streckenabschnittes der K 27 zur Gemeindestraße der tatsächlichen Verkehrsbedeutung i. S. v. § 3 StrWG NRW. Die Verwaltung beabsichtigt deshalb, einer Abstufung der K 27 wie beschrieben zuzustimmen.

Entsprechend dem Vorschlag des Ausschusses für Umwelt und Verkehr schlägt der Kreisausschuss dem Kreistag einstimmig vor, der vorbeschriebenen Abstufung der K 27 auf dem Gebiet der Stadt Übach-Palenberg und des Kreises Heinsberg zuzustimmen bzw. die Verwaltung zur Abgabe von dazu erforderlichen Erklärungen zu ermächtigen.

Der Kreistag folgt der Empfehlung durch einstimmige Beschlussfassung.

Tagesordnungspunkt 8:

Anträge der UB-Kreistagsfraktion sowie der SPD-Kreistagsfraktion betr. Ehrenamtspass für den Kreis Heinsberg

In seiner Sitzung vom 18.12.2008 hat der Kreistag von einer Beschlussfassung über die vorliegenden Anträge der UB- und der SPD-Kreistagsfraktion abgesehen. Stattdessen wurde die Verwaltung beauftragt, im Sinne der eingereichten Anträge sowie der von der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vorgetragenen Ergänzung weitere Erkundigungen einzuholen und die Thematik den politischen Gremien erneut zur Entscheidung vorzulegen.

Sodann wurden mit Schreiben vom 12.01.2009 die kreisangehörigen Städte und Gemeinden gebeten, ihre Auffassung hinsichtlich einer Würdigung ehrenamtlicher Leistungen in Form der Einführung eines Ehrenamtspasses für den Kreis Heinsberg mitzuteilen. Abgefragt wurde auch, ob bereits Vergünstigungen im kommunalen Bereich der Stadt bzw. Gemeinde gewährt werden. In der am 04.03.2009 stattgefundenen Hauptverwaltungsbeamtenkonferenz wurde die Thematik nochmals erörtert.

Als Resultat der aktuellen Erhebung und Erörterung ist festzustellen, dass die Bürgermeister an ihrer seinerzeitigen Auffassung festhalten und einen Ehrenamtspass für den Kreis Heinsberg ablehnen. Wie bereits im Jahre 2004 erklärt, vertreten die Hauptverwaltungsbeamten nach wie vor die Auffassung, dass die Würdigung ehrenamtlichen Engagements der gemeindlichen Ebene vorbehalten bleiben sollte. Ebenfalls wurde sich gegen eine mögliche Beteiligung an der landesweiten Initiative "Ehrenamtskarte Nordrhein-Westfalen" ausgesprochen. Eine isolierte Teilnahme des Kreises Heinsberg an der Initiative "Ehrenamtskarte Nordrhein-Westfalen" ohne seine kreisangehörigen Kommunen ist nicht sinnvoll, da hier - entsprechend der seinerzeitigen Argumentation in den politischen Gremien - lediglich Vergünstigungen im Bereich der Anton-Heinen-Volkshochschule und der Kreismusikschule gewährt werden könnten.

Ergänzend zu den kreisintern eingeholten Erkundigungen ist verwaltungsseitig über den Landkreistag NRW eine landesweite Umfrage unter allen nordrhein-westfälischen Kreisen initiiert worden. Landrat Pusch teilt mit, dass ihm am gestrigen Tage das Ergebnis dieser Umfrage zugegangen sei. Demnach hätten sich 21 der 31 Kreise an der Umfrage beteiligt. Als Ergebnis sei festzuhalten, dass in den meisten Kreisen derzeit nicht geplant sei, als Kreis selbst einen Ehrenamtspass anzustreben oder sich der Initiative „Ehrenamtskarte Nordrhein-Westfalen“ anzuschließen. Insoweit stehe das Ergebnis der Umfrage in Einklang mit dem vorliegenden Beschlussvorschlag. Verwaltungsseitig wurden zudem eigene Erkundigungen unter den Kreisen im Regierungsbezirk Köln eingeholt. Das Umfrageergebnis war den Erläuterungen zur Sitzung des Kreisausschusses als Anlage 2 beigelegt.

Unabhängig von dem – bei Versand der Einladung - noch ausstehenden Ergebnis der Umfrage des Landkreistages war die Verwaltung der Auffassung, dass vor dem Hintergrund der eindeutigen kreisinternen Meinung sowohl die Einführung eines Ehrenamtspasses für den Kreis Heinsberg als auch eine Teilnahme an der Landesinitiative nicht in Betracht kommen kann. Wie bereits im Jahre 2004 festgehalten, sollte es den Gemeinden vorbehalten bleiben, ggf. entsprechende Regelungen zu treffen.

In der Sitzung des Kreisausschusses hatte Fraktionsvorsitzender Schreinemacher den Antrag der UB-Kreistagsfraktion mit Wirkung von diesem Tage zurückgezogen. Für die SPD-Kreistagsfraktion hatte Kreistagsabgeordneter Derichs auf Nachfrage erklärt, dass der Antrag der SPD aufrechterhalten werde.

Nach Beratung in seiner Sitzung empfiehlt der Kreistag mehrheitlich bei zehn Nein-Stimmen und vier Enthaltungen, den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion zur Einführung eines Ehrenamtspasses für den Kreis Heinsberg sowie zur Teilnahme an der Landesinitiative "Ehrenamtskarte Nordrhein-Westfalen" abzulehnen.

Tagesordnungspunkt 9:

Vorstellung der planerischen Überlegungen zur Errichtung einer Turnhalle einschließlich Büro- und Nebenräumen an der Carl-Severing-Straße in Heinsberg

In der Sitzung des Kreistages am 17.02.2009 erfolgte die Beschlussfassung über die Errichtung einer Turnhalle einschließlich Nebenräumen an der Carl-Severing-Straße unter dem Vorbehalt, dass die überarbeitete Planung noch einmal im Bauausschuss vorgestellt wird. Das Amt für Gebäudewirtschaft hat zwischenzeitlich die erforderlichen planerischen Arbeiten vorgenommen. Der überarbeitete Entwurf, der sowohl die im Kreistag beschlossene Berücksichtigung von Büroräumen im Obergeschoß als auch eine Unterkellerung vorsieht, wurde in der Sitzung des Bauausschusses vorgestellt. Aufgrund eines entsprechenden Beschlusses (einstimmig bei einer Enthaltung) dieses Fachausschusses soll der aktuelle Planungsentwurf auch dem Kreistag in seiner nächsten Sitzung vorgestellt werden. Es wird auf die beigelegten Planentwürfe (Anlage 1), die im Bauausschuss als Tischvorlage ausgehändigt wurden, verwiesen. Des Weiteren ist ein Raumprogramm, eine Kostenschätzung sowie eine Gesamtübersicht über die Verwendung der Mittel mit dem Schwerpunkt „Bildungsinfrastruktur“ im Rahmen des Konjunkturpaketes II (Anlage 2) beigelegt.

Landrat Pusch nimmt Bezug auf die übersandten Unterlagen und weist auf die Möglichkeit hin, Hinweise und Fragen an den anwesenden Leiter des Amtes für Gebäudewirtschaft, Herr Dipl.-Ing. Gleichmann, zu richten.

Landrat Pusch merkt ausdrücklich an, dass der Kreis nach wie vor auf endgültige und verbindliche Informationen zur Umsetzung des Konjunkturpakets II wartet. Somit stünden die Beratungen und Beschlüsse zum Konjunkturpaket weiterhin unter dem Vorbehalt, dass die geplanten Maßnahmen die Förderkriterien erfüllen. Solange die Fragen des Kreises, die auch schriftlich an den Innenminister gerichtet wurden, nicht hinreichend beantwortet worden seien, würden kreisseitig keine externen Aufträge erteilt.

Kreistagsabgeordneter Dr. Herzberg erklärt, dass er von der Planung städtebaulich mehr erwarte und die Planung seiner Ansicht nach überarbeitet werden sollte.

Fraktionsvorsitzender Schreinemacher führt aus, dass die Umgebung des Standortes der Turnhalle architektonisch qualitativ sehr hochwertig sei. Da der Standort stadtbildprägend sei, solle die derzeitige Planung nochmals überarbeitet und die Turnhalle an die vorhandene Architektur angepasst werden. Des Weiteren seien eine Rampe und ein Aufzug geplant, was sich gegenseitig ausschließe. Seine Fraktion halte die Planung durch ein freies Büro für die beste Lösung. Die weitere Betreuung der Maßnahme könnte durch den Kreis erfolgen.

...

Landrat Pusch stellt klar, dass es sich lediglich um eine Grobplanung und keine Detailplanung handele, sodass Änderungen noch berücksichtigt werden könnten.

Sodann lässt er darüber abstimmen, ob der Vorentwurf die Zustimmung des Kreistags findet.

Der Kreistag stimmt mehrheitlich bei 3 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen dem vorgestellten Vorentwurf der Verwaltung zu.

Tagesordnungspunkt 10:

Antrag der CDU-Kreistagsfraktion „Resolution zur Verschärfung der Gesetzeslage zur nachträglichen Sicherungsverwahrung“

Der Antrag der CDU-Kreistagsfraktion wurde allen Kreistagsabgeordneten mit dem Nachtrag vom 20.03.2009 übersandt.

Landrat Pusch führt aus, dass er Gelegenheit hatte, mit dem Hauptgeschäftsführer des Landkreistages NRW, Herrn Dr. Klein, Rücksprache zu halten. Das Problem der Sicherungsverwahrung sei dem Landkreistag bekannt. Der Landkreistag beabsichtige daher, sich unabhängig vom aktuellen Fall im Kreis Heinsberg nach Berlin zu wenden. Landrat Pusch verweist des Weiteren auf einen Presseartikel, nach dem auch der zuständige Richter des Landgerichts München die Observation als angemessen bezeichnet habe. Dem Richter sei es allein aus formellen Gründen nicht möglich gewesen, die Sicherungsverwahrung anzuordnen.

Anschließend ergreift Fraktionsvorsitzender Reyans das Wort. Er sieht die Resolution beim Landkreistag in guten Händen, da es sich um ein kreisübergreifendes Thema handelt. Er verwahrt sich gegen Vorwürfe, nach denen die CDU die Thematik in den Wahlkampf einbezieht. Die CDU werde mit dem sensiblen Thema auch weiterhin sachlich umgehen. Fraktionsvorsitzender Reyans dankt dem Landrat für sein umsichtiges Handeln und der Polizei für ihren Einsatz.

Im Anschluss daran trägt Kreistagsabgeordneter Derichs die Position der SPD-Fraktion vor. Unter Bezug auf die bisherige restriktive Praxis bei der Verabschiedung von Resolutionen äußert er die Hoffnung, dass sich der Kreistag künftig häufiger auf diese Weise mit wichtigen Themen befasst. Er äußert Verständnis und Anerkennung für die Randerather Bürger, die ihre Meinung öffentlich vertreten, ohne sich von Rechtsradikalen instrumentalisieren zu lassen. Anschließend weist er darauf hin, dass die jetzige Bundesjustizministerin Zypries (SPD) mit der rot-grünen Regierung im Juni 2004 dafür gesorgt habe, dass die nachträgliche Sicherungsverwahrung überhaupt in das Strafgesetzbuch aufgenommen worden sei. Er halte es für sinnvoll, die Beschlussfassung über den Tagesordnungspunkt zu vertagen, da dieses Thema sowohl im Hinblick auf das derzeit laufende Gesetzgebungsverfahren als auch bezüglich des konkreten Inhalts der Resolution näher beraten werden müsse. Zudem solle zunächst abgewartet werden, ob die eingelegten Rechtsmittel der Staatsanwaltschaft München erfolgreich sind.

In der anschließenden Diskussion schlägt Landrat Pusch vor, dem Landkreistag die Resolution vorzulegen, diesen aber zu bitten, mit der Weiterleitung derselben bis zum Abschluss des Verfahrens „Karl D.“ abzuwarten. Die Resolution werde auf den konkreten Fall Karl D. ohnehin keine Auswirkungen haben. Der Text der Resolution sei im Übrigen bewusst sehr weit gefasst worden. Um Konsens herzustellen schlägt Landrat Pusch vor, die beiden letzten Absätze der Resolution zu streichen. Kreistagsabgeordneter Derichs erneuert den Vorschlag, die Beschlussfassung in der heutigen Sitzung zu vertagen. Fraktionsvorsitzende Meurer beantragt eine Sitzungsunterbrechung, welche von 19.50 Uhr bis 20.05 erfolgt.

...

Anschließend trägt Landrat Pusch den Vorschlag vor, den Resolutionstext wie folgt abzuändern:

- Im Text mit dem Fettdruck wird das Wort „nachträgliche“ vor Sicherungsverwahrung gestrichen.
- Im drittletzten Absatz wird das Wort „CDU-Fraktion“ ersetzt durch die Worte „der Kreistag des Kreises Heinsberg“
- Die beiden letzten Absätze werden vollständig gestrichen.

Nach alledem lautet der abgestimmte Resolutionstext wie folgt:

„Die Verwaltung des Kreises Heinsberg wird beauftragt, den Landkreistag des Landes NRW als politische Interessenvertretung sämtlicher Landkreise in Nordrhein-Westfalen zu bitten, initiativ zu werden mit dem Ziel, dass der zuständige Bundesgesetzgeber im Rahmen der geltenden Verfassung eine Verschärfung der Vorschriften zur Sicherungsverwahrung herbeiführt.“

Begründung:

Seit dem 1. März 2009 hält sich in Randerath, einem Ortsteil der Stadt Heinsberg mit dörflichem Charakter, Karl D. auf. Karl D. hat 1984 eine 17-Jährige vergewaltigt. Nach Verbüßung einer Haftstrafe vergewaltigte er 1994 wiederum zwei Mädchen (14 und 15 Jahre alt) und quälte sie anschließend stundenlang. Karl D. hat sämtliche Therapien abgelehnt und bekennt sich bis heute nicht zu seinen Taten. Die Staatsanwaltschaft München hat nachträgliche Sicherungsverwahrung beantragt und dies damit begründet, dass Karl D. nach Einschätzung zweier Gutachter höchstwahrscheinlich rückfällig werden wird und sich nach Aussagen von Mithäftlingen an den Opfern seiner Taten rächen will

Das Landgericht München hat die nachträgliche Sicherungsverwahrung abgelehnt. Nach Aussagen des zuständigen Richters habe er nicht anders urteilen können, da sich nach der Haft keine „neuen Tatsachen“ im Sinne der Vorschrift zur nachträglichen Sicherungsverwahrung ergeben hätten, die eine nachträgliche Sicherungsverwahrung rechtfertigen würden. Die Staatsanwaltschaft München hat gegen die Entscheidung Beschwerde zum Oberlandesgericht München und Revision zum Bundesgerichtshof eingelegt, worüber noch nicht entschieden ist.

Wegen der gutachterlich attestierten Gefährlichkeit wird Karl D. von der Kreispolizei Heinsberg rund um die Uhr observiert.

Seit dem Zuzug von Karl D. ist die Dorfgemeinschaft in Randerath unzumutbaren Belastungen ausgesetzt. Belastungen, die sich in erster Linie daraus ergeben, dass die Anwesenheit eines in hohem Maße rückfallgefährdeten Straftäters verständlicherweise Ängste auslöst.

Wie Berichterstattungen in den Medien zeigen, ist dies in Deutschland kein Einzelfall.

...

Der Kreistag des Kreises Heinsberg ist der Meinung, dass diese Situation, die für alle Beteiligten unerträglich ist, schnellstmöglich von Seiten des Gesetzgebers durch Schließung einer Gesetzeslücke in Zukunft verhindert werden muss.“

Kreistagsabgeordneter Derichs erklärt, dass seine Fraktion an ihrer kritischen Beurteilung festhalte. Gleichwohl sei man im Interesse einer einvernehmlichen Vorgehensweise, die man der Öffentlichkeit schulde, bereit, den überarbeiteten Resolutionstext mitzutragen.

Anschließend lässt Landrat Pusch über den überarbeiteten Resolutionstext abstimmen. Der Kreistag beschließt sodann einstimmig diesen Text.

Haushaltsrede 2009
Norbert Reyans
CDU-Fraktion
(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen.

Mein Gruß gilt am heutigen Abend auch den Zuhörern und natürlich der Presse.

Meine Damen und Herren,

der erste NKF Haushalt steht heute zur Verabschiedung an, doch bevor ich auf den Haushalt im Einzelnen eingehe, einige allgemeine Ausführungen zur Situation, in der wir diesen Haushalt 2009 diskutieren und verabschieden werden.

Begriffe wie Banken- und Wirtschaftskrise, Rezession und Konjunkturpaket prägen unseren Alltag.

Die wirtschaftliche Lage in Deutschland, Europa, ja der Welt ist alles andere als gut. Eine Hiobsbotschaft jagt die andere. Die Arbeitslosenzahlen steigen und werden zurzeit etwas aufgefangen dadurch, dass die Betriebe Kurzarbeit angemeldet haben.

In Deutschland hat der Bundestag das Konjunkturpaket II verabschiedet. Und das Land erhält aus dem Konjunkturpaket 2,84 Mrd. Euro und leitet hiervon ca. 84 % an die Kommunen weiter. Der Kreis Heinsberg wird voraussichtlich Fördermittel in Höhe von 6.451.612 Euro erhalten. Diese Summe teilt sich auf in den Investitionsschwerpunkt Infrastruktur mit 2.308.205 Euro und den Bereich Investitionsschwerpunkt Bildung mit 4.143.416 Euro.

In der Sondersitzung des Kreistages am 17.02.09 haben wir ja aufgrund des Konjunkturpaketes II entsprechende Beschlüsse gefasst.

Viele dieser Investitionen sind für den Bereich Bildung vorgesehen und damit mehr als gut angelegtes Geld für die jungen Menschen in unserem Kreis, denn eine gute Ausbildung ist nun einmal die Grundlage für eine gute Zukunft. Und wir sehen in diesen Maßnahmen, die nun von Land und Bund noch einmal zusätzlich gefördert werden, die Fortsetzung einer erfolgreichen Politik der letzten Jahre im Kreis Heinsberg.

Und es erfreut uns umso mehr, wenn auch aus dem Munde anderer Parteien, in diesem Fall von Bündnis90/Die Grünen, festgestellt wird, dass die kreiseigenen Schulen *top in Schuss* seien. Da kann man mal sehen, dass absolute Mehrheiten nicht den Fortschritt behindern, sondern erst ermöglichen.

Im Übrigen „bayrische Verhältnisse“, wie Sie sie im Kreis anstreben Frau Meurer, bedeuten eine Koalition von CSU und FDP. Bündnis90/ Die Grünen kommen in der bayrischen Landesregierung nicht vor. Und die CDU im Kreis Heinsberg strebt für den nächsten Kreistag wieder eine absolute Mehrheit an, weil diese dem Fortschritt dienlich ist und vor allem den Menschen in unserem Kreis dient.

Bleiben wir bei dem Thema Bildung und einer weiteren erfreulichen Entwicklung. Ab dem Wintersemester 2010/2011 wird der Studiengang Schienenfahrzeugtechnik in Wildenrath eingerichtet. Hierzu war in der Mass-Rhein Zeitung vom 12.01.09 zu lesen: Der FH-Rektor dankt Landrat Stephan Pusch für die aktive Unterstützung. Schulte-Zurhausen: „Das persönliche Engagement von Landrat Stephan Pusch hat mit dazu beigetragen, dass vom Ausbau der Fachhochschullandschaft in NRW auch unsere Fachhochschule und der Kreis Heinsberg profitieren.“

Herr Landrat die CDU-Fraktion dankt Ihnen noch einmal ganz herzlich für dieses Engagement.

Das Thema Bildung ist auch in einem anderen Zusammenhang von großer Bedeutung. Der gemeinsame Antrag zur bildungspolitischen Offensive gegen extremistische Gruppierungen hat erfreulicherweise im vorliegenden Haushalt mit einem Betrag von 25.000 Euro seinen Niederschlag gefunden. Die jüngsten Ereignisse in Randerath zeigen, dass wir die Entwicklung nicht unterschätzen dürfen. In diesem Zusammenhang möchte ich auf einen Artikel der FAZ vom 17.03.09 aufmerksam machen, der die Ergebnisse einer Studie zum Thema Jugendgewalt des Bundesinnenministeriums bei Fünfzehnjährigen beleuchtet.

In diesem Artikel der FAZ heißt es: *Die deutschen Jugendlichen wurden auch nach ihrer Mitgliedschaft in einer rechtsextremen Gruppierung oder Kameradschaft befragt. Dabei trat ein alarmierendes Ergebnis zutage: Der Anteil der Jungen, die Mitglied einer rechtsextremen Gruppe oder Kameradschaft sind (4,9 Prozent) ist genauso hoch wie der Anteil, die sich in einer sozialen Organisation (etwa Rotes Kreuz oder Technisches Hilfswerk) oder in einer politischen Partei engagieren. ... (Quelle www.faz.net)*

Solche Erkenntnisse gilt es nicht zu unterschätzen und deshalb sind wir froh, dass die Schulen im Kreis Heinsberg sich diesem Thema mit annehmen. Und auch die Arbeitsgruppe Bildung der AG Grenzland, die einen Schwerpunkt ihrer Arbeit in der Unterstützung unseres Beschlusses zur politischen Bildungsoffensive gegen extremistische Parteien sieht.

Hier wollen niederländische und deutsche Schulen zusammen agieren und dabei sind vor allem Projekte und Maßnahmen vorgesehen, die deutlich Position gegen fremdenfeindliche Diskriminierung und extremistische Gewalt beziehen.

Als Kreis haben wir sicherlich auch im Bereich der Offenen Jugendarbeit an dieser Stelle mit den Städten und Gemeinden, die zum Jugendamtsbezirk des Kreises gehören, ein deutliches Zeichen gesetzt, in dem die Mittel hier auf gut 580.000 Euro erhöht worden sind.

Und ich nehme an dieser Stelle auch ausdrücklich die Kreismusikschule, die in diesem Jahr ihr 40 jähriges Bestehen feiert, mit in den Bereich der Bildung hinein. Hier erfahren viele junge Menschen eine Anleitung zu einer sinnvollen Freizeitgestaltung.

Diese aufgezeigten Maßnahmen unterstreichen sehr deutlich, dass wir neben der guten Infrastruktur im Bereich Schulen und Bildung, auch inhaltlich, da wo wir dies als Kreis können, Unterstützung leisten. Dieses Geld ist sehr gut angelegt, weil es um die Zukunft unserer Kinder und damit auch unserer Gesellschaft geht. Wenn man es mit einem Schlagwort sagen will, ist diese Politik eine Politik der Nachhaltigkeit zum Wohle unseres Kreises.

Der Begriff der Bildung ist umfassend und lässt sich nur an einigen Beispielen exemplarisch behandeln. Schulen, Kindertagesstätten, das Jugendamt, die Volkshochschule oder auch die Kreismusikschule und viele mehr haben den Auftrag zur Bildung. Dabei gilt es vor allem den jungen Menschen Werte zu vermitteln, die dazu führen, dass sie ein eignes Leben mit ausreichendem Selbstwert führen können.

Uns allen sind die Bilder von Winnenden noch vor Augen, wo 16 Menschen starben. Und die Frage nach dem Warum?

Bildung und Wertevermittlung können nicht früh genug beginnen. In NRW werden alleine im Jahre 2009 über 1,2 Milliarden Euro für die frühkindliche Bildung im Haushalt veranschlagt. In diesem Zusammenhang darf ich noch einmal an die Einführung des KiBiz erinnern; was wurde nicht alles kritisiert und nun kann man durchaus sagen KiBiz ist ein Erfolg.

Im Jugendhilfeausschuss am vergangenen Dienstag wurde noch einmal deutlich, dass qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht zu bekommen sind, weil, wie sagt man so schön, der Markt leer gefegt ist. KiBiz schafft also Arbeitsplätze, dies gilt es einmal deutlich zu sagen.

Ein wichtiger Kernpunkt des KiBiz ist der Ausbau der U3-Betreuung. Auf der Grundlage der Bund-Länder-Vereinbarung und des Kinderförderungsgesetzes soll ab dem Jahr 2013 der Rechtsanspruch für Kinder im Alter von 1-3 Jahren gewährleistet werden.

Der Jugendhilfeausschuss hat in seiner Sitzung am 27.10.08 das Ausbauprogramm für die Tageseinrichtungen für Kinder beschlossen. Bis zum Kindergartenjahr 2012/2013 sollen 567 Plätze für Kinder unter 3 Jahren mit einem Rechtsanspruch geschaffen werden. Dies würde einer Versorgungsquote von 35% entsprechen. Diese Zahlen verdeutlichen, dass wir schon im Kindergartenjahr 2012/2013 und damit ein Jahr früher als vorgesehen die entsprechenden gesetzlichen Zahlen für einen Rechtsanspruch bei der U3-Betreuung erreichen werden.

Erfreulich ist auch, dass sich alle Träger am Ausbauprogramm beteiligen, es wurden 19 Anträge auf Investitionsförderung für Neu-, Aus- und Umbaumaßnahmen eingereicht. Das beantragte Fördervolumen für 2009 beläuft sich auf 1,3 Mio. Euro, dies sind 90% der Gesamtkosten.

Diese Entwicklung zeigt, dass wir entsprechend unserem Leitbild auf einem guten Weg sind hin zu einem familienfreundlichen Kreis, in dem sich junge Familien gerne ansiedeln. Und zudem leisten wie hier auch unseren Beitrag, wenn es um das Thema Vereinbarkeit von Beruf und Familie geht.

Bleiben wir beim Jugendamt. So ist im Bereich der Hilfe und Erziehung eine erhebliche Kostensteigerung zu verzeichnen, alleine bei der Heimunterbringung für Minderjährige sind 3 Mio. Euro veranschlagt. Das ist ein Plus von 1,3 Mio. Euro gegenüber 2008. Im Bereich der Vollzeitpflege für Minderjährige verzeichnen wir Ausgaben von 1,15 Mio. Euro und bei der Familienhilfe 2 Mio. Euro. Wir hoffen, dass die damit verbundenen Maßnahmen und Hilfen den betroffenen Menschen neue und bessere Perspektiven eröffnen.

Meine Damen und Herren,

der Hebesatz für das Kreisjugendamt steigt 2009 auf 16,641% in Euro ausgedrückt von 15,3 Mio. auf 17,06 Mio. Euro.

Diese Zahlen belegen sehr deutlich, wie groß die Anstrengungen sind und vermutlich auch in Zukunft sein werden, Kindern, Jugendlichen und den Familien bei der Bewältigung ihres Alltags, da wo es nötig ist, zur Seite zu stehen.

Damit sie mutig und zuversichtlich die Zukunft in die Hand nehmen können. Unsere Gesellschaft ist noch einige Schritte davon entfernt eine kinder- und familienfreundliche Gesellschaft zu sein, wir müssen mit unseren Möglichkeiten im Kreis Heinsberg mit dafür Sorge tragen, dass dies mehr und mehr geschieht.

Bildung, Schulentwicklungsplan, ÖPNV, Mobilität im Alter, „Älter werden im Kreis Heinsberg“, Entwicklungen im Bereich der Kindertagesstätten und vieles mehr kann man losgelöst für sich sehen. Man kann diese Entwicklungen aber auch noch einmal durch die Brille der demographischen Entwicklung im Kreis Heinsberg betrachten.

Die Arbeitsgemeinschaft der Senioreninitiativen im Kreis Heinsberg hat allen Parteien ein Gespräch angeboten, wo es darum gehen sollte, welche Formen möglich sind, die ältere Generation stärker am politischen Leben teilhaben zulassen.

Die CDU-Kreistagsfraktion hat dieses Angebot gerne aufgenommen und in sehr fruchtbaren Gesprächen wurden die verschiedensten Aspekte einer solchen Beteiligung und auch die unterschiedlichen Positionen miteinander diskutiert.

Und ich freue mich Ihnen heute mitteilen zu können, dass wir einen Antrag in den Kreisausschuss im Juni einbringen werden, der vorsieht in der nächsten Legislaturperiode einen Beirat einzurichten, der den Senioren im Prozess der politisch-gesellschaftlichen Entscheidung eine Stimme gibt und den Brückenschlag zur jüngeren Generation fördert. Und der auch Anregungen und Forderungen der Senioren, sowie demographische Problemstellungen der verschiedensten Gruppierungen in unserer Gesellschaft bündelt und den parlamentarischen Entscheidungsgremien vorträgt. Dabei wären z.B. bei den Senioren sicherlich die sozialen Fähigkeiten auf Grund ihrer Lebens- und Berufserfahrung von hohem Nutzen, den sie in das gesellschaftliche Leben mit einbringen können.

Welche Dynamik in diesem Bereich steckt, sehen wir auch an dem Projekt „Sicher mobil!“, wo es um ein kommunales Mobilitätsmanagement für Senioren geht. Und es ist erfreulich, dass die Region „Der Selfkant“ und der Kreis Heinsberg für dieses Projekt in den vergangenen Tagen vom Netzwerk „Verkehrssichere, Städte und Gemeinden im Rheinland“ ausgezeichnet wurden.

In diesem Zusammenhang wurde auch noch einmal die Einführung des Multibusses positiv herausgestellt. Die CDU sieht sich darin bestätigt, den eingeschlagenen Weg im Bereich des ÖPNV Schritt für Schritt fortzusetzen. Unter diesem Aspekt ist auch unser Prüfantrag, den wir im Ausschuss für Umwelt und Verkehr zur Ausweitung der Einsatzzeiten für den Multibus am Abend zum Wochenende eingebracht haben, zu sehen. Eine mögliche Erweiterung des Multibusses in den Abendstunden würde vermutlich auch der älteren Generation einen Nutzen bringen. Dabei reden wir nicht von einem Discobus, sondern wir suchen eine

Lösung, die wenn man so will, die auch den demographischen Aspekt in ein solches Konzept berücksichtigt.

Dabei möchte ich an dieser Stelle betonen, dass die CDU die Weiterentwicklung im Bereich des ÖPNV auch immer wieder von der Akzeptanz und den finanziellen Auswirkungen abhängig macht.

Das Defizit im ÖPNV hat sich erfreulicherweise auch in diesem Jahr noch einmal verringert und wird mit ca. 5 Mio. Euro veranschlagt. Diesem Defizit stehen auch im Jahre 2009 entsprechende Gewinnausschüttungen aus der Stromsparte gegenüber.

Meine Damen und Herren,

ich habe die Begriffe Zukunft und Nachhaltigkeit in meinen Ausführungen mehrmals benannt. Wir sprechen über Klimawandel und CO₂ Reduzierung. Auch hier konnten wir in den vergangenen Wochen Akzente setzen.

Gemeinsam mit der Partei Bündnis 90/Die Grünen haben wir mehrere Anträge auf den Weg gebracht, die nicht nur politisch von einem guten Klima getragen sind, sondern auch ein Beitrag zu Klimaverbesserung im Sinne der CO₂ Reduzierung darstellen.

Ich erinnere hier an jüngste Entscheidung im Bauausschuss zu den Photovoltaikanlagen auf kreiseigenen Dächern und die Möglichkeit der Bürger, sich hieran zu beteiligen.

Und nicht zuletzt an den Antrag zu energetischen Maßnahmen im Kreishaus z.B. bei der Erneuerung der Heizungsanlage im Kreishaus alle Möglichkeiten auszuschöpfen und regenerative Energien zu nutzen.

Meine Damen und Herren,

in den Ausführungen zu Anfang habe ich auf die Finanzkrise und ihre Auswirkungen auf die Wirtschaft verwiesen. Finanz- und Wirtschaftskrise haben aber auch massive Auswirkungen auf den Bereich Soziales in unserem Haushalt.

Es ist wohl ohne Zweifel, dass die Arbeitslosenzahlen erheblich steigen werden. Es kommt nun in erheblichem Maße darauf an, wie schnell der Konjunkturmotor wieder anspringt und Aufträge und damit Arbeit, Lohn für die Menschen in unserem Land bringt.

Alleine im sozialen Bereich sind Mehrausgaben gegenüber 2008 von 6,6 Mio. Euro eingeplant und hierbei sind die Auswirkungen der Wirtschaftskrise noch nicht einmal im vollen Maße mit berücksichtigt.

Ich möchte Ihr Augenmerk einmal auf die Bedarfsgemeinschaften lenken. Von 2006 bis 2008 gab es hier einen Rückgang von 17%. Dennoch sind die Gesamtaufwendungen für die Kosten der Unterkunft und Heizung in diesem Zeitraum nahezu gleich geblieben. Die Kosten lagen 2006 bei 34,6 Mio. Euro und das Rechnungsergebnis 2008 liegt bei 34,7 Mio. Euro. Diese ist darauf zurückzuführen, dass die laufenden Kosten je Bedarfsgemeinschaft im Jahr 2006 unter 300 Euro lagen, mittlerweile aber einen Schnitt von 350 Euro erreicht haben. Gründe hierfür sind zum einen gestiegene Energiekosten und eine bürgerfreundliche Rechtsprechung der Sozialgerichte. Diese Entwicklung führt dazu, dass für 2009 ein um 2 Mio. Euro höherer Betrag veranschlagt werden muss. Diese Zahlen berücksichtigen noch

nicht den eventuellen Anstieg der aufgrund der aktuellen Wirtschaftslage zu einer zusätzlichen Verschlechterung führen kann. Dieser Bereich ist und bleibt für den Haushalt des Kreises mit einem hohen Risiko behaftet.

Mit dazu beigetragen hat aber auch, dass der Bund sich an den kommunalen Kosten für Unterkunft und Heizung nur noch mit einem Anteil von 25,4% im Jahre 2009 beteiligt, im Jahre 2008 waren es noch 28,6 %.

In diesem Zusammenhang bleibt die Situation für die ARGEn auch weiterhin ungelöst. Wir hoffen, dass es hier doch noch zu einer Einigung der verschiedenen Verhandlungspartner kommen wird.

Meine Damen und Herren,

alle Jahre wieder, nicht dass wir schon Weihnachten hätten und wir bekommen auch nichts geschenkt, das Gegenteil ist mal wieder der Fall. Die Landschaftsumlage erhöht sich auch in diesem Jahr.

Die Kreisschlüsselzuweisungen sind in diesem Jahr auf einem historischen Höchststand von rd. 29,6 Mio. Euro gestiegen, 2008 waren es noch 27 Mio. Euro.

Doch die Freude über dieses Mehr von 2,5 Mio. Euro währt nur kurz, denn die Landschaftsumlage steigt in diesem Jahr um sage und schreibe 2,9 Mio. Euro.

Natürlich wird man nun wieder sagen, wieso regen Sie sich auf, der Prozentsatz bleibt doch unverändert gegenüber 2008 bei 15,85 Prozentpunkte, das stimmt. Aber die Umlagegrundlagen sind auf nunmehr 294 Mio. Euro angestiegen. Der Kreis Heinsberg zahlt über 46 Mio. Euro 2009 an den Landschaftsverband. Liebe Kolleginnen und Kollegen aus den Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP, es wird Zeit, dass Sie Ihren Parteifreundinnen und Parteifreunden ins Gewissen reden.

Wir versuchen den Städten und Gemeinden im Kreis Heinsberg an vielen Stellen entgegenzukommen und sie zu entlasten, um die finanziellen Spielräume zu erhalten und der Landschaftsverband tut so als ging ihm das alles nichts an.

Der Kreis Heinsberg hat in den Jahren von 2000 bis 2007 die Kommunen im Kreis um ca. 17. Mio. Euro entlastet und auch in diesem Jahr ist es gelungen den Kreisumlagebedarf unter 108 Mio. Euro zu halten, auch wenn dies zu einem großen Teil durch Einmaleffekte möglich wurde, wir haben es gemacht und das ist kommunalfreundliche Politik.

Es kann nicht sein, dass Sie hier im Kreistag über die Verschuldung des Kreises klagen und diesen womöglich deshalb ablehnen, während Ihre Parteikolleginnen und Parteikollegen im Landschaftsverband einen solchen Haushalt verabschieden.

Gerne nehme ich noch einmal die Zahlen der Pro-Kopf-Verschuldung, die der Landrat in seiner Rede zur Einbringung des Haushaltes genannt hat, auf. Diese Zahlen machen sehr deutlich, dass wir im Kreis Heinsberg mit dem Geld sehr wohl gut Umgehen können. So liegt die Pro-Kopf-Verschuldung im Kreis Heinsberg bei 130.- Euro, während wir im landesweiten Durchschnitt von 1800.- Euro Pro-Kopf Verschuldung sprechen.

Und nicht nur die Zahlen sprechen eine eindeutige Sprache auch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW sah in ihrem letzten Prüfungsbericht keinen unmittelbaren Handlungsbedarf.

Diese von mir genannten Zahlen und die Aussagen der Gemeindeprüfungsanstalt klingen gut, aber sie werden uns nicht dazu veranlassen, die Zügel schleifen zu lassen. Wir werden daher, wie bisher die Entwicklungen sehr genau im Blick behalten, und die Investitionen vor ihrer Realisierung auf ihre Notwendigkeit hin untersuchen, damit auch die Kreditbelastungen vertretbar bleiben.

Es gilt aber gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten beides im Blick zu haben, die Schulden auf der einen Seite und die Aufgabe der öffentlichen Hand, Investitionen zu tätigen, die der Wirtschaft das Überleben ermöglicht und den Menschen Arbeitsplätze sichert.

Schwerpunkte zukünftiger Investitionen liegen vor allem im Straßenbau. Hier sind zu nennen die EK 5 Haaren-Kirchhoven-Lieck-Heinsberg, sowie verschiedenste Baumaßnahmen, die im Zusammenhang mit der B56n stehen, und Investitionen im Bereich der Abfallwirtschaft.

Ich weiß, dass der Bau von Straßen bei mancher Fraktion Bauchschmerzen verursacht. Wer aber das Leitbild des Kreises Heinsberg zum Ausgangspunkt und Richtschnur seines politischen Handelns macht, kann den Punkt Entwicklung der Verkehrswege als Zukunftsfaktor nicht einfach ausklammern.

Meine Damen und Herren, am Ende meiner Ausführungen möchte ich an dieser Stelle aus dem Vorbericht zum Haushaltsplan zitieren. Dort heißt es unter 10. Bewertung der Haushaltslage: *„Rund 95% der Ausgaben sind vom Kreis nicht beeinflussbar. Seit Jahren sind gerade in diesen nicht beeinflussbaren Aufgabengebieten überdurchschnittliche Aufwandsteigerungen zu verzeichnen. Hier ist vor allem die überdurchschnittliche Steigerung in den sozialen Bereichen zu nennen.“*

Diese Tatsache hat mich sehr geärgert, und könnte einen Kommunalpolitiker eigentlich dazu bringen, auf die restlichen fünf Prozent, auf die wir angeblichen Einfluss haben, auch noch abzugeben. Aber ich sehe hierin auch eine Herausforderung und Aufgabe durch unser kommunalpolitisches Engagement wieder mehr Gestaltungsspielraum für die Kommunalpolitik zurückzugewinnen und den 95% den Kampf anzusagen. Denn Kommunalselbstverwaltung ist ein wichtiges Element in unserem demokratischen Staat und die sollten wir nicht kampflos aufgeben.

Meine Damen und Herren,

politische Entscheidungen sind nicht immer einfach; es Bedarf vieler Überlegungen und es gilt Sachargumente in einem Für und Wider abzuwägen. Dabei müssen wir uns hier im Hause bei den zu treffenden Entscheidungen auch nicht immer einig sein.

Aber bei einer Gruppierung in unserem Hause frage ich mich zusehends, ob Sachpolitik im Vordergrund des Handelns steht oder nur Populismus und die Sorge noch einmal in den Kreistag gewählt zu werden.

Wer mit ansehen muss, wie Sie Politik im Kreistag als UB betreiben, Herr Schreinemacher, fragt sich, nach welchen Grundsätzen und Kriterien Sie politische Entscheidungen treffen.

Jüngstes Beispiel war Ihr Antrag zum Ehrenamtspaß, den Sie kurzer Hand in der Sitzung zurückgezogen haben, ohne die SPD, die diesen Antrag mit unterstützt hat, zu informieren. Was ist das für ein Stil?

Oder Sie beschäftigen die Verwaltung und alle übrigen Mitglieder des Kreistages mit einer Anfrage, wo es sich scheinbar um persönliche Fehden mit Ihren ehemaligen Fraktionskollegen handelt. Ich erinnere hier an die Anfrage zum Rauchverbot im Kreishaus.

Wenn das die bürgernahe Politik ist, die Sie unbedingt im nächsten Kreistag fortsetzen wollen, ist das mehr als dürftig.

Ich würde mir wünschen, dass Sie sich wirklich mit Themen beschäftigen, die den Menschen in unserem Kreis dienen und den Kreis wirklich voranbringen, und nicht mit solchen Parolen agitieren, dass absolute Mehrheiten demokratiefeindlich sind. Wie glauben Sie eigentlich, kommen solche Mehrheiten zu Stande.

Transparenz, sachorientierte nachvollziehbare Entscheidungen und Verlässlichkeit sind für meine Begriffe unabdingbar, damit auch die Kommunalpolitik glaubwürdig bleibt.

Meine Damen und Herren,

der erste NKF Haushalt wurde in diesem Jahr beraten und er war sicherlich gewöhnungsbedürftig. Es ist ein Erstlingswerk, das beim literarischen Quartett sicherlich auf Grund der vielen nüchternen Zahlen nicht als ein Werk angepriesen worden wäre, das man unbedingt einem Millionenpublikum erschließen muss.

Und auch wir haben uns an dieses Werk, an diesen Haushalt, mit vielen neuen Begrifflichkeiten herantasten müssen, weil er eben in einem anderen Gewand daher kam, als viele Jahre zuvor.

Unser ganz besonderer Dank gilt Herrn Schöpgens und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, aber auch den anderen Dezernenten des Hauses für die fachliche Begleitung bei Nachfragen zum Haushalt.

Es ist kein Geheimnis mehr, die CDU-Kreistagsfraktion wird diesem Haushalt 2009 zustimmen.

Die Legislaturperiode geht zu Ende und ich danke den Kolleginnen und Kollegen aller demokratischen Parteien und der Verwaltung für die gute Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Rede zum Entwurf der Haushaltssatzung 2009 des Kreises Heinsberg

von Heinz Hensen

Vorsitzender der SPD-Fraktion im Kreistag Heinsberg

Sitzung des Kreistags am 26.03.2009

im Großen Sitzungssaal des Kreishauses Heinsberg

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Landrat,
meine Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen!

Viel Schweiß ist in der letzten Zeit geflossen: Zum einen Schweiß bei der Verwaltung, weil es galt, einen Haushaltsplan 2009 aufzustellen, der nach den Maßgaben des Neuen Kommunalen Finanzmanagement (NKF) aufgebaut ist. Hierfür gebührt Ihnen, sehr geehrte Damen und Herr der Verwaltung an der Spitze mit Herrn Kreiskämmerer Schöpgens unser aller Dank.

Zum anderen ist viel Schweiß bei den Fraktionen geflossen – ich verallgemeinere das jetzt einfach einmal -, die sich ebenfalls mit der neuen Materie auseinandersetzen mussten. Auch bei uns wurde mit viel Engagement am und im neuen Haushaltsplan gearbeitet.

Der kamerale Haushalt im Kreis Heinsberg ist Geschichte. Die Zeiten des Vermögens- und Verwaltungshaushaltes oder der Einzelpläne sind vorbei und wir sprechen ab jetzt über Produktbereiche und – gruppen etc.

Die Politiker werden sich daran gewöhnen – müssen.

Wie bereits im letzten Jahr hat die SPD-Kreistagsfraktion das Beratungsergebnis im Finanzausschuss vorweggenommen. Deswegen ist es keine Überraschung, wenn

ich jetzt sage, dass wir dem Haushaltsplan 2009 unsere Zustimmung verweigern werden.

Wir mussten bei den Beratungen leider feststellen, dass der von uns noch im letzten Jahr angenommene Politikwechsel nicht stattfindet und der Kreishaushalt sich in eine Schieflage begibt, die wir mit einer verantwortungsvollen Politik nicht mehr vereinbaren können.

Bevor ich die Gründe hierfür erläutere, gehe ich kurz auf die Grundlagen des Kreishaushaltes ein:

Die Grundlagedaten, die den Rahmen für Haushaltsplanungen vorgeben, sehen zunächst für das Jahr 2009 eine überaus positive Entwicklung vor:

Der Kreis Heinsberg erhält im Jahre 2009 nach der Zweiten modifizierten Modellrechnung Schlüsselzuweisungen in Höhe von 29,60 Mio. Euro durch das Land NRW. Das sind 2,50 Mio. Euro mehr als im Jahr 2008. Die allgemeine Kreisumlage wird für das Jahr 2009 mit 107,850 Mio. Euro veranschlagt und damit in absoluten Zahlen rund 6,5 Mio. Euro in den Kreishaushalt spülen. Prozentual ausgedrückt bedeutet das immerhin eine Steigerung um 1,07 Prozentpunkte auf 40,79%.

Diese Grundlagedaten vorausgeschickt, müssen wir feststellen, dass mit dem Geld, welches zu einem großen Teil aus den Haushalten der Städte und Gemeinden zu uns in den Kreis fließt, nicht so zweckgerichtet umgegangen wird, wie wir uns das erwarten.

Wir haben große Sorge, dass der Kreis Heinsberg in seinen **Schulden** versinkt.

Im Leitbild des Kreises Heinsberg heißt es auf Seite 64 der Langfassung wörtlich:

„Durch eine solide Haushaltspolitik, die traditionell geprägt ist von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit, werden Politik und Verwaltung die Handlungsfähigkeit des Kreises erhalten. Der Abbau der in den letzten Jahren durch dringende Investitionen gestiegenen Verschuldung des Kreises Heinsberg genießt in den nächsten Jahren absolute Priorität, um diese gute Tradition fortzusetzen.“

Aus unserer Sicht wird der vor uns liegende Haushaltsplan einer soliden Haushaltspolitik nicht mehr gerecht. Für uns bedeutet solide Haushaltspolitik in erster Linie, dass der Kreis sorgfältig mit dem Geld der Städte und Gemeinde umzugehen hat und gleichzeitig natürlich damit auskommt, ohne neue Schulden zu machen.

Letztes Jahr haben wir Ihnen, Herr Pusch, wirklich abgenommen, dass Sie es Ernst meinen, mit dem Konsolidierungskurs und den Kreis in ruhiges Fahrwasser bringen wollten. Dies ist nach dem jetzigen Stand der Dinge aber kräftig misslungen.

Wir müssen feststellen, dass der Schuldenstand, nach einem sehr guten Jahr 2008 nicht etwa sinkt oder in der Entwicklung zum stehen kommt. Nein.

Wir müssen feststellen, dass der Schuldenstand für Ende 2009 mit 45,552 Mio. Euro angenommen wird; letztes Jahr betrug die Verschuldung noch 32,735 Mio. Euro. Das ist eine Zunahme von 12,817 Mio. Euro. Allein das ist aus unserer Sicht Grund genug, den Haushaltsplan 2009 anzulehnen. Aber es kommt ja noch schlimmer. Der Haushalt profitiert dieses Jahr von zahlreichen Einmaleffekten, die den Haushalt um ca. 3,5 bis 4,0 Mio. Euro erleichtern. In Wahrheit ist der Kreis also mit fast 50 Mio. Euro in den Miesen. 50 Mio. Euro, die unsere Kinder, Enkelkinder bezahlen werden. Die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf die öffentlichen Haushalte haben wir dabei noch nicht berücksichtigen können. Aber es ist doch sicher, dass hier Einschnitte und Einbrüche erfolgen werden.

Wie, Herr Landrat, können Sie es also – auch im Schatten der Finanzkrise – unterstützen, dass der Schuldenberg in dieser Situation weiter aufgetürmt wird? Wir verlangen nicht, dass der Schuldenberg innerhalb weniger Monate oder Jahre abgebaut wird, so wie man immer wieder von „Experten“ gefordert, lesen kann. Das funktioniert nicht.

Wir sind der Auffassung, dass der Kreis Heinsberg nicht für die uns bevorstehende Zeit gewappnet ist; wir sind der Auffassung, dass die Verschuldung des Kreises unweigerlich ins Desaster führt.

Wir erwarten belastbare, kontinuierlich und langfristig wirkende Konzepte und Maßnahmen, die zunächst die Neuaufnahme von Schulden reduzieren und nach und nach den Schuldenstand verringern, dass man den nachfolgenden Generationen wieder in *die Augen schauen* kann.

Wir erwarten weitreichende Konzepte.

Deswegen haben wir den Haushaltsplan für 2009 auf diese Thematik hin durchleuchtet und mussten feststellen, dass er in vielen Bereichen konzeptlos ist und keinerlei

Maßnahmen erkennen lässt, wie Sie Herr Landrat, die schier unaufhörliche Verschuldung stoppen möchten. Sie schreiben die Neuverschuldung einfach fort. Wenn wir nicht in den guten Zeiten, die der Kreis ohne Frage hatte und von denen er auch 2009 weiter profitieren wird, etwas weglegen, dann wissen wir nicht, wann der Kreis sonst einen Neuanfang wagen soll.

Wenn wir bei uns in den Gemeinden und Kreisen nicht damit anfangen, Schulden abzubauen, wem sollen die Menschen denn sonst noch glauben, dass wir sorgsam mit ihrem Geld umgehen? Wem sollen die Menschen sonst noch glauben, dass die Politik in der Lage ist, die Probleme zu lösen?

Meine Damen und Herren,

handeln wir weiterhin so, dann wird es dazu führen, dass der Schuldenstand anwächst und damit zugleich die Hoffnung derer Menschen schwinden lässt, die an eine verantwortungsvolle Politik glauben. Wir meinen, der gesamte Haushalt konzeptionell aufgewertet werden muss; die Umstellung auf das NKF hätte eine gute Chance dargestellt. Nachfolgend möchte ich mich aber auf zwei Produktbereiche konzentrieren. Nämlich den beiden Bereichen der Jugendhilfe und der übrigen Aufwendungen im Sozialbereich, die im Übrigen ja rund ein Drittel des Gesamtetats ausmachen:

Zunächst ist hier der Produktbereich 06 **Kinder, Jugend- und Familienhilfe** zu nennen.

Lassen Sie mich, sehr geehrte Damen und Herren, eines vorwegschicken. Das Kreisjugendamt arbeitet wirklich im Rahmen seines Auftrages hervorragend, aber wir sind der Auffassung, dass aus der Politik heraus ein anderer Auftrag an Sie erfolgen muss.

Das Leitbild des Kreises sieht die Familien und Jugend im Wettbewerb der Regionen als „zukunftsentscheidend“ an. Es heißt dort wörtlich:

„Angesichts der demographischen Entwicklung und einer zunehmenden Alterung unserer Gesellschaft, werden Menschen unter 40 Jahren und vor allem junge Familien mit Kindern zunehmend zu einem hart um-

kämpften „knappen Gut“ - gerade auch im Wettbewerb mit anderen Regionen.“

Unsere Befürchtungen, welche wir bereits letztes Jahr im Hinblick auf das Kinderbildungsgesetz äußerten, haben sich leider erfüllt.

Die Kosten im Bereich, für den das Kibiz zuständig ist, steigen. Glücklicherweise bleibt – ich hoffe, nicht nur im Wahljahr – der Kindergartenbeitrag stabil.

Es ist für uns aber unverständlich, weshalb die Kosten für den Jugendamtsbereich weiter – dieses Jahr um 1,8 Millionen Euro – so dramatisch ansteigen. Und das, obwohl im letzten Jahr die Stadt Geilenkirchen aus dem Jugendamtsbezirk des Kreises ausgeschert ist.

Auch dieses Jahr berichtete der Kämmerer davon, dass von den eben angesprochenen 1,8 Mio. Euro Mehraufwand immerhin 1,3 Mio. Euro für die „Hilfe zu Erziehung“ aufgewendet werden muss.

Es mag hierfür gute Gründe geben: Die Fallzahlen steigen beispielsweise; und die Kosten der Unterbringung für diese Zielgruppe steigt wahrscheinlich ebenso stark, wie die übrigen Lebenshaltungskosten auch.

Gerade deshalb sind wir der Auffassung, dass der Kreis neue Wege in der Jugendarbeit gehen muss. Weshalb denkt der Kreis nicht in eine andere Richtung und entwickelt Konzepte, die geeignet sind, langfristig Sorge dafür zu tragen, dass die Fallzahlen sinken und damit auch die entsprechenden Kosten. Als Stichwort möchten wir das Dormagener Modell ansprechen, welches geeignete Wege aufzeigt, junge Mütter frühzeitig anzusprechen.

Warum packt der Kreis nicht endlich die Ursachen an, als ständig an den Symptomen herumzudoktern? Denn nur solche Konzepte können es sein, die den Kreis aus der „Schuldenabwärtsspirale“ bringen.

Ich darf also zunächst festhalten, dass uns im Bereich der Jugendhilfe eindeutige Konzepte fehlen, die dauerhaft und strukturell die Probleme auf diesem Sektor lösen können.

Meine Damen und Herren,

die Aufwendungen für den Bereich der **Sozial- und Jugendhilfe und Leistungsbe- teiligungen im Bereich Arbeitslosengeld 2** stellen erneut den mit ca. 70 Mio. Euro größten Einzeletat dar, wenn man das so sagen darf.

Hier geht es um die Kosten, die in erster Linie durch Bundesgesetzgebung an den Kreis weitergegeben werden. Insoweit sind natürlich die Handlungsspielräume be- grenzt. Das wissen wir.

Trotzdem haben wir neben den Sorgen, die uns die einzelnen Betroffenen machen sollten, in den Haushaltsberatungen auch die finanziellen Auswirkungen auf den Kreis Heinsberg zu beleuchten. Hier ist nüchtern festzustellen, dass es offensichtlich nicht gelungen ist, die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften dauerhaft und nachhaltig zu senken. Wenn wir jetzt an die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise denken, so müssen wir - ebenfalls nüchtern - feststellen, dass diese Zahl nicht das Ende der Fahnestange sein wird, sondern, um den Bezugszeitraum von Arbeitslo- sengeld I verschoben, noch weiter ansteigen wird.

Hinzu kommt die unsägliche Diskussion und ständige Verringerung der Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft. Mittlerweile zahlt der Bund nur noch 25,4 % der Kosten. 2008 waren es noch 28,6 %, so dass es zu Mehrkosten von rund 590.000 Euro kommt.

Wenn der Bund, wie ich meine zu Recht, möchte, dass sich die Argen um die Men- schen vor Ort kümmern sollen, dann muss er auch die Musik bezahlen. Allerdings kann man das Verhalten des Bundes, wir können es ja nicht ändern, auch als Auffor- derung verstehen, an der Basis so gute Arbeit zu leisten, dass der Kreis auf mög- lichst wenigen Kosten sitzen bleibt. Also muss der Kreis aktiv daran arbeiten, die Zahl derer zu verringern, die von diesen Transferleistungen leben.

Auch hier sei deutlich darauf hingewiesen: Wir wissen, dass die Einflussmöglichkei- ten des Kreises innerhalb der Arge begrenzt ist, aber das darf kein Grund dafür sein, keine Konzepte dafür zu entwickeln, dass mehr Menschen im Kreis aus dem Bereich des Arbeitslosengeld II wieder in den Arbeitsmarkt; am besten in den ersten Arbeits- markt kommen. Denn jede Bedarfsgemeinschaft weniger bedeutet bares Geld. Wenn man das überschlägig ausrechnet, handelt es sich um ca. 700 Euro Ersparnis für den Kreis je Bedarfsgemeinschaft im Jahr. Das heißt, dass die Verringerung der Bedarfs- gemeinschaften von 8.800 auf beispielsweise 7.800 rund 700.000 Euro einspart. Darauf werde ich noch zurückkommen.

Und wir dürfen nicht vergessen, dass hinter jeder der 8.800 Bedarfsgemeinschaften mindestens ein Mensch steht, der erfährt, dass er von der Gesellschaft nicht gebraucht wird. Wir dürfen nicht vergessen, dass hinter jeder Bedarfsgemeinschaft mindestens ein Mensch steht, der es verdient hat, dass man sich für ihn einsetzt und gemeinsam Lösungen für ihn und mit ihm erarbeitet, die ihn aus dieser Situation herausbringt. Mit anderen Worten: Wir möchten den Menschen helfen.

Und das geht nicht, wenn wir nicht konstruktiv diese Aufgaben angehen.

Deswegen vermissen wir, dass der Landrat öfters seine Stimme erhebt und sich gegen den aus Berlin wehenden Wind einsetzt, der die völlige Entrechtung der Kommunen in den neu zu gründenden Zweckgemeinschaften mit der Bundesagentur zur Folge haben wird. Aktuell muss man jetzt ja schon wieder in der Vergangenheit sprechen, weil die ursprünglich angepeilte Lösung von der CDU-Fraktion im Bundestag wieder verworfen worden ist und die Uhren wieder auf NULL gestellt worden sind.

3.

Zusammenfassend müssen wir also den Haushalt 2009 ablehnen, weil es nicht gelungen ist, uns davon zu überzeugen, dass Konzepte vorliegen, um die dringlichsten Probleme des Kreises Heinsberg nachhaltig zu lösen. Hierzu gehören:

1. Die ungebremst ansteigende **Verschuldung** ins Maßlose ohne Konzepte für die Zukunft.
2. Die **Stagnation** der Zahl der Empfänger von Arbeitslosengeld II und
3. Die **konzeptionell falsch** angelegten Aufwendungen im Jugendamtsbereich.

Lassen Sie mich – bevor ich zum Schluss komme - noch einige wenige Sätze zu der sog. **Finanz- und Wirtschaftskrise** sagen:

Die Forscher überbieten sich momentan mit Einschätzungen, die völlig unkoordiniert in die Presselandschaft geworfen werden. Die große Politik initialisiert Abwrackprämien und Konjunkturprogramme. Über deren Mehrwert wird sicherlich auch berechtigt zum Teil gestritten.

Für uns Kommunalpolitiker ist es aber wichtig, und jetzt komme ich zum Kern meiner Aussage, dass wir die Chancen, die uns gerade im Hinblick auf das Konjunkturpaket II eröffnet werden, nutzen müssen. Allerdings darf dies nicht in der Art und Weise

geschehen, dass hier Projekte entwickelt werden, die – das sehr zügige Verfahren einmal ausgenommen – sich später als unüberlegten Schnellschuss erweisen. Aufgrund dessen sind wir dann auch ihrer Meinung, Herr Landrat, dass wir beispielsweise mit dem Bau der Turnhalle schräg gegenüber hier Probleme des Kreises lösen können. Wir wissen, dass das Eine nicht ohne das Andere geht. Wir sind der Auffassung, dass es jetzt eine gute Gelegenheit ist, die Platzprobleme des Kreishauses anständig zu lösen. Es kostet sicherlich Geld, gleichwohl muss man sagen, dass der Mehrbedarf, den wir schaffen, tatsächlich in einem ordentlichen Verhältnis zum Preis steht. Voraussetzung ist, dass die Fördermittel auch tatsächlich fließen.

Im Übrigen vertrauen wir Ihnen, Herr Landrat, wenn Sie uns versichern, dass es die Städte und Gemeinden nicht erheblich mehr belasten wird, weil bestimmte Projekte nunmehr ^{nicht} in 2009 zur Ausführung gelangen und es somit nicht mehr zu einer weiteren Neuverschuldung kommt.

Wenn wir es schaffen, die Bedarfsgemeinschaften im Kreis um 1.000 zu verringern, ist die Turnhalle schon bezahlt.

Deswegen können wir diesem Vorhaben unsere Zustimmung erteilen, auch wenn wir den Haushalt für 2009 ablehnen.

Abschließend gilt nochmals unser Dank dem Kämmerer und seinen Mitarbeitern für die geleistete Arbeit bei der Erstellung des Haushalts und den Schweiß, den Sie produziert haben.

Herr Schöpgens, in gewohnter Weise haben Sie der SPD-Kreistagsfraktion den ersten NKF-Haushalt zuverlässig und fachkundig vorgestellt und jede Frage, auch grundsätzlicher Art, gerne beantwortet.

Zu guter Letzt bleibt mir noch Ihnen allen eine schöne Osterzeit zu wünschen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

**Rede der Fraktionsvorsitzenden Maria Meurer, 26. März 2009 zur
Haushaltssatzung 2009**

-es gilt das gesprochene Wort-

Sehr geehrte Damen und Herren,

auch ich muss ein wenig Wasser in den Wein schütten, den Herr Reyans da eben kredenzt hat.

Der lang erwartete erste NKF-Haushalt – wir haben ja schon einiges dazu gehört – liegt nun vor.

Auch wir haben erst gedacht: oh, ganz neu, ganz anders, und waren sehr gespannt. Auch vor dem Hintergrund der Zusage vom vorigen Jahr, zu beginnen, die Schulden zu verringern.

Sehr froh waren wir über die Erläuterungen, die Sie, Herr Schöpgens zusammengestellt haben. Ohne die, das will ich gern zugeben, wäre es schwerer gefallen, sich zurechtzufinden.

Zum Glück haben wir dieses Jahr ausnahmsweise sehr viel Zeit gehabt, uns mit dem Zahlenwerk intensiv zu beschäftigen.

Wir haben dann lange gesucht nach dem „Frischen Wind“, den wir in dem Werk vermutet haben. Aber wie wir es auch gedreht und gewendet haben: wir haben nichts gefunden.

Zum letzten kameralen Haushalt habe ich gesagt:

„Die Schulden steigen schon wieder. Zwar in deutlich geringerem Maß als in den letzten Jahren, aber vom erwünschten Schuldenabbau sind wir noch weit entfernt.“

Ich habe auch gesagt: „Wir vertrauen allerdings auf Ihre klare Aussage, Herr Landrat, in den nächsten Jahren den Schuldenabbau ernsthaft anzugehen.“

Dieses Vertrauen ist leider mit diesem ersten NKF-Haushalt schon mal enttäuscht worden, denn die Schulden steigen immer noch. Herr Hensen hat das ausführlich dargestellt.

Und ohne den Klimmzug über den § 75 der Gemeindeordnung wäre der Haushalt nicht einmal strukturell ausgeglichen. In Rede stehen immerhin über 840.000 Euro, also durchaus ein nennenswerter Betrag.

Dazu kommt, dass auch für den nächsten Haushalt schon Weichen gestellt sind, die erahnen lassen, dass aktiver Schuldenabbau auch dann nicht stattfinden wird.

Damit komme ich zum Konjunkturpaket, das für den heute zu beschließenden Haushalt zwar nicht relevant ist, aber Auswirkungen auf die nächsten haben wird.

Mit einem Federstrich werden über 1 Million Euro mehr veranschlagt, als wir aus dem Paket überhaupt bekommen.

Bürozeiten:

Mi. 9.00 – 13.00 Uhr

Fr. 9.00 – 13.00 Uhr

Bankverbindung:

Raiffeisenbank eG Heinsberg

BLZ 370 694 12

Konto Nr. 3301043014

Nun geistern ja wieder finanztechnische Klimmzüge in Raum, was diese Mehrausgaben angeht. So was halten wir aber nicht für solide Finanzpolitik, und nachhaltig ist das schon gar nicht.

Abgesehen davon, dass aus unserer Sicht eine Turnhalle für zwei Schulen, die doch recht weit entfernt vom Standort liegen, vorsichtig gesagt „keine Ideallösung“ ist –da stimmt sogar Herr Preuß zu, gibt es noch einige andere gute Gründe, den Bau abzulehnen. Aber eine offene Diskussion darüber haben Sie erfolgreich verhindert.

Den anderen Maßnahmen der Prioritätenliste hätten wir übrigens gern zugestimmt, aber auch das haben Sie erfolgreich verhindert, Sie haben uns nicht mal eine Chance dazu gegeben. Im Eilverfahren, mit Tischvorlagen und auch noch mündlichen in der Sitzung hinterher geworfenen Infos, ist die Liste durchgepeitscht worden.

Wozu die Eile? Ob eine Turnhalle überhaupt gefördert werden kann, wusste damals niemand,

die eilig –wie wir heute wissen- voreilig vom Landrat angekündigte Änderung in der Grundstücksfrage hat sich als nichtig erwiesen, der Parkplatz muss also bebaut werden. Dass dieser Parkplatz vor gar nicht allzu langer Zeit mit Steuermitteln gebaut wurde, ist heute egal. Das kann man auch Verschleudern von Steuergeldern nennen! Ich will es hier auch noch einmal öffentlich sagen:

So, wie man in der Sondersitzung des Kreistages mit dem Thema und mit uns umgegangen ist, fühlten wir uns in die graue Vorzeit, in die Zeit vor Pusch versetzt. Sie wissen sicher, was ich meine.

Das Konjunkturpaket ist also ein abschreckendes Beispiel, wie hier im Kreis mit Geld umgegangen wird. Mit einem Federstrich Hunderttausende draufzahlen, aber an anderen, aus unserer Sicht viel wichtigeren Stellen mit spitzem Bleistift rechnen und sich um „Peanuts“ drücken wollen, das ist es, was wir seit Jahre kritisieren und was auch diesmal wieder zu sehen ist.

Warum z.B. werden schlappe 20 000 Euro in die Integrationsarbeit gesteckt, wo doch alle Fachleute bestätigen, wie notwendig diese Arbeit ist. Mit 20 000 Euro kann nicht mal eine halbe Stelle finanziert werden. Uns die 20 000 Euro dann als besondere Leistung verkaufen zu wollen, das ist schon ein starkes Stück.

Das Argument, dass der Kreis kein Geld habe, wird bei den sowieso kaum noch vorhandenen freiwilligen Leistungen vor allem im sozialen Bereich gern genannt. Echtes Einsparpotenzial wird aber nicht genutzt.

Allein mit den beiden Straßenbauprojekten, deren Streichen wir seit Jahren fordern, nämlich die Ortsumgehung Vinteln und die Straße Dremmen-Lindern, könnten insgesamt etwa 2 Millionen Euro eingespart werden.

Uns geht es nicht darum, Straßenbau allgemein zu verteufeln, aber mehr Augenmaß und Bescheidenheit sind hier schon drin.

Bei notwendigen und vernünftigen Projekten haben wir unsere Zustimmung immer gegeben und sind dann auch bei unserer Position geblieben. Z.B. im Fall Gillrath

Bürozeiten:

Mi. 9.00 – 13.00 Uhr

Fr. 9.00 – 13.00 Uhr

Bankverbindung:

Raiffeisenbank eG Heinsberg

BLZ 370 694 12

Konto Nr. 3301043014

**Kreistagsfraktion
Valkenburger Str. 45
52525 Heinsberg**

Tel.: 02452/131730

Fax: 02452/131735

e-mail: Gruene-Fraktion@Kreis-Heinsberg.de
internet: www.Gruene-Heinsberg.de

bzw. EK 3, anders als die ehemalige FDP und jetzigen Unabhängigen haben wir uns nicht populistisch gewendet und sind bei der einzig vernünftigen, weil bezahlbaren und vertretbaren Lösung geblieben.

Der Kreis hat die „guten Jahre“ nicht genutzt, Schulden abzubauen. Und er hat sie auch nicht ausreichend genutzt, rechtzeitig vernünftige Weichen für die Zukunft zu stellen. Ich will das an einem weiteren Beispiel zeigen: Auch wenn Herr Reyans das eben als Erfolg dargestellt hat:

Die Kinderbetreuung ist immer noch nicht ausreichend. Dass der Kreis über 550 fehlende Plätze in der U3-Betreuung vor sich herschiebt, ist das Resultat der verfehlten Politik vieler Jahre. Ohne die gesetzliche Verpflichtung wäre vermutlich immer noch nichts passiert.

Wir haben auf die Notwendigkeit einer guten Kinderbetreuung schon hingewiesen, als viele in der Mehrheitsfraktion noch gar nicht wussten, dass es tatsächlich Mütter gibt, die trotz Kindern weiter ihrem Beruf nachgehen wollen. Heute haben wir den Berg der fehlenden Plätze und haben Mühe, die gesetzlichen Vorgaben rechtzeitig zu erfüllen.

Der Ausbau wird –und das ist gut so- in den nächsten Jahren passieren- aber er wird natürlich die nächsten Kreishaushalte stärker belasten, als mit einer vorausschauenderen Politik nötig gewesen wäre.

Nun begegnet uns ja oft der Begriff Krise, in den letzten Monaten im Zusammenhang mit Banken, Wirtschaft und Finanzen. Auf den ersten Blick scheint das Thema Klimawandel, das noch im vorigen Jahr die Schlagzeilen beherrschte, verdrängt zu werden.

Bundespräsident Köhler hat in seiner Berliner Rede den bemerkenswerten Bogen von der Finanz- und Wirtschaftskrise zur globalen Klimakrise geschlagen.

Wörtlich sagte er:

Wenn die ganze Menschheit schon heute so leben wollte wie wir, dann bräuchten wir schon jetzt mehr als eine Erde. Aber wir haben nur die eine. Sie ist uns anvertraut. Immer mehr ziehen daraus persönliche Schlussfolgerungen und ändern ihre Lebensgewohnheiten. Sie haben erkannt: Jeder kann etwas beitragen.

Für uns im Kreis bedeutet das: Wir kommen mit dem bisschen, was wir bisher getan haben, nicht aus. Endlich packen wir zwar energetische Maßnahmen für das Kreishaus an. Wie schwer die Geburt war, haben vor allem die mitbekommen, die am Antrag mitgearbeitet und die mir persönlich sehr schwerfällig vorkommende Diskussionen im Bauausschuss verfolgt haben.

Das betrifft auch die Bereitstellung der kreiseigenen Dachflächen für Photovoltaikanlagen. Jetzt werden es doch die von uns von Anfang an favorisierten Bürgersolarkraftwerke. Trotz dieser Einzelmaßnahme sind wir aber noch meilenweit

Bürozeiten:

Mi. 9.00 – 13.00 Uhr

Fr. 9.00 – 13.00 Uhr

Bankverbindung:

Raiffeisenbank eG Heinsberg

BLZ 370 694 12

Konto Nr. 3301043014

von einem umfassenden Klimaschutzkonzept entfernt, hier sind uns andere Kreise deutlich voraus. Es müssen weitere nachhaltige Klimaschutzmaßnahmen folgen.

So eine Haushaltsdebatte ist ja auch immer eine gute Gelegenheit, auf das zurückliegende Jahr zu blicken. Hier im Kreis war es bis Ende 2008 durchaus geprägt von ruhiger und sachorientierter Arbeit.

Für die echten „Aufreger“ sorgte ja wohl eher die Landesregierung. Wirtschaftliche Betätigung der Kommunen, Sparkassengesetz, Kommunalwahlgesetz, mit diesen Themen sorgte die Landesregierung für viel Unmut, nicht nur in der Opposition.

Ich hätte mir allerdings schon gewünscht, wenn der Kreis Heinsberg an einigen Stellen etwas mehr Mut bewiesen hätte, gegen die zum Teil haarsträubenden Beschlüsse zu Lasten der Kreise und Kommunen vorzugehen. Andere haben deutlichere Worte zu dem Unsinn gefunden, der da teilweise fabriziert worden ist.

Andererseits ist für Kritiker aus CDU-Reihen der Landschaftsverband eine beliebte Baustelle. Seit in Köln eine Ampel regiert, ist es in CDU-geführten Kreisen schick, auf den Landschaftsverband zu schimpfen.

Zur Ehrenrettung möchte ich einmal ganz deutlich sagen, dass die Arbeit des Landschaftsverbands durchaus ihr Geld wert ist.

Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen kann keine Kommune aus eigener Kraft so hinbekommen, dass eine angemessene Qualität für die Betroffenen erreicht wird.

Ganz zu schweigen von den Aufgaben im Bereich Forensik und Psychiatrie, für die der Landschaftsverband verantwortlich ist. Nicht zu vergessen die kulturellen Leistungen im Bereich Regionalgeschichte.

Also lassen Sie bitte hier die Kirche im Dorf bzw. nehmen Sie zur Kenntnis, dass das Geld, das wir über die Landschaftsumlage abführen, gut angelegt ist.

Ich komme zum Schluss:

Man muss keine hellseherischen Kräfte haben, um vorauszusehen, dass die finanzielle Lage in den nächsten Jahren nicht besser wird. Dabei sind die Aufgaben nicht klein, ich erwähnte beispielhaft U3-Betreuung, Klimaschutz und Schuldenabbau. An diesen wichtigen Punkten lässt der vorliegende Haushalt keine nachhaltige Lösung erkennen. Im Gegenteil: es sieht eher so aus, dass der Kreis offenbar die hinter uns liegenden guten Jahre nicht genutzt hat und auch für die kommende schwierige Zeit kein Konzept hat. Deshalb stimmen wir diesem Haushalt nicht zu.

Bürozeiten:

Mi. 9.00 – 13.00 Uhr

Fr. 9.00 – 13.00 Uhr

Bankverbindung:

Raiffeisenbank eG Heinsberg

BLZ 370 694 12

Konto Nr. 3301043014

Heinsberg, den 08.04.2009, Fraktionsvorsitzender der Fraktion der UB im Kreistag des Kreises Heinsberg, Walter Leo Schreinemacher, Rede zur Haushaltssatzung des Kreises Heinsberg für das Haushaltsjahr 2009 am 26. März 2009, Seite 001/010
Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Kreistagskolleginnen und Kreistagskollegen,
sehr geehrte Gäste und Zuhörer,
sehr geehrte Damen und Herren der Presse,
sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,

Bei meiner Haushaltsrede am 18.Dezember 2007 habe ich darauf hingewiesen, dass die Kernaufgabe für den Kreis Heinsberg darin bestehe, einen strukturell ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, mit der Voraussetzung der zur Verfügung stehender Mittel Dritter, die dies mit zu tragen haben. Die Frage die entsteht heißt: „Haben die Kommunen, die diesen Kreishaushalt durch die Kreisumlage mit zu tragen haben noch diese Mittel?“ Beim letzten Kreishaushalt konnten wir noch von vollen kommunalen Kassen reden. Jetzt im Zeichen der Wirtschaftskrise werden wir uns von diesen vollen Kassen immer weiter entfernen. Man muss allerdings den Eindruck haben, dass dies nicht so ist. Bei der Lektüre der kommunalen Presse allmorgendlich muss der Eindruck

DIE BÜRGERLICHEN

Heinsberg, den 08.04.2009, Fraktionsvorsitzender der Fraktion der UB im Kreistag des Kreises Heinsberg, Walter Leo Schreinemacher, Rede zur Haushaltssatzung des Kreises Heinsberg für das Haushaltsjahr 2009 am 26. März 2009, Seite 002/010
Es gilt das gesprochene Wort!

entstehen, dass wir noch immer Zeiten haben mit vollen Kassen und Ölpreisen unter 50 Pfennig. Richtig! Pfennig. Lesen wir doch über die Pläne zum Neubau von Turnhalle und Hallenschwimmbädern. Nach dem Motto: „Kost ja nix!“ Die Subventionsgießkanne aus Berlin geht um. Jeder soll etwas bekommen. Jeder? Wirklich jeder? Nein! Vor allem die, die über Jahre wegen ruinöser Haushaltsführung dringend notwendige Investitionen in den bekannten Konjunkturpaket II Förderkulissen dies immer verschieben mussten. Heißt, die Kommunen, die in den vergangenen Jahren haushaltsmäßig am meisten Murks gemacht haben bekommen jetzt am meisten. Dies ist glücklicherweise im Kreis Heinsberg nicht so extrem ausgebildet. Aber sind wir jetzt nicht auf dem besten Weg dahin? Nur weil es Subventionen gibt, muss man doch nicht unbedingt alles in Anspruch nehmen ohne Rücksicht auf die folgenden Generationen, die mit Gebäuden und Strukturen versorgt werden, deren Unterhalt und Folgekosten nicht geklärt ist. Die Terminierung zur Einreichung der Anträge zur Erlangung der Mittel aus dem Konjunkturpaket II spricht für sich. Möglichst schnell irgend was beantragen, damit man etwas bekommt

DIE BÜRGERLICHEN

Heinsberg, den 08.04.2009, Fraktionsvorsitzender der Fraktion der UB im Kreistag des Kreises Heinsberg, Walter Leo Schreinemacher, Rede zur Haushaltssatzung des Kreises Heinsberg für das Haushaltsjahr 2009 am 26. März 2009, Seite 003/010
Es gilt das gesprochene Wort!

ohne Rücksicht darauf, ob es sinnvoll ist.
Augen zu und durch!

Dies vermittelt auch leider die Umsetzung unseres Antrages der Initiative zur Einrichtung von Fachhochschulstandorten und -zweigstellen im Kreis Heinsberg. Hier sind nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft worden. Wir begrüßen ausdrücklich die Einrichtung des Mobilitätsstudienganges im Siemensprüfcenter in Wegberg. Wir begrüßen ausdrücklich die Einrichtung eines eventuellen Studienganges im Gesundheitswesen im Krankenhaus Geilenkirchen. Wir sind allerdings darüber enttäuscht, dass weitere Schul- und Fachhochschulstudiengänge nicht durch die Verwaltung verfolgt wurden. Ein Logistikstudiengang wäre gerade hier im Kreis Heinsberg, der möglichen zukünftigen euregionalen Drehscheibe als Logistikstandort mit einer B56 n, einer sinnvollen Trassenführung der B221 durch das interkommunal Gewerbegebiet Ratheim – Wassenberg, einer bürgerverträglichen Trassenführung des Eisernen Rheins

DIE BÜRGERLICHEN

Heinsberg, den 08.04.2009, Fraktionsvorsitzender der Fraktion der UB im Kreistag des Kreises Heinsberg, Walter Leo Schreinemacher, Rede zur Haushaltssatzung des Kreises Heinsberg für das Haushaltsjahr 2009 am 26. März 2009, Seite 004/010
Es gilt das gesprochene Wort!

durch den Kreis Heinsberg und einem Verteilzentrum am Standort Industriegebiet Lindern mit Anbindung an die West-Ost Schienenstrecke Aachen-Düsseldorf sinnvoll.

Ein Studiengang zum Beispiel der Fachhochschule der Bundeswehr mit humanistischer Prägung im Bereich der weltweiten Abrüstungskontrolle innerhalb des Bundesamtes für Verifikationsaufgaben in Geilenkirchen Niederheid würde sicherlich am dortigen Standort nicht nur begrüßt sondern auch mit initiiert. Dies würde zur Standortfestigung und Nachhaltigkeit beitragen.

Gerade ein solcher Studiengang würde den Kreis Heinsberg nicht nur regional sondern, europa- und weltweit bekannt machen.

Ein Studiengang mit technischer Prägung für militärische Aufklärungstechnik oder Triebwerkstechnik im Bereich des NATO E3A-Verbandes, ebenfalls in Geilenkirchen, würde nicht nur Akzente setzen für Bürger in Geilenkirchen und den niederländischen Nachbarn, die eine Emissionsreduzierung

DIE BÜRGERLICHEN

Heinsberg, den 08.04.2009, Fraktionsvorsitzender der Fraktion der UB im Kreistag des Kreises Heinsberg, Walter Leo Schreinemacher, Rede zur Haushaltssatzung des Kreises Heinsberg für das Haushaltsjahr 2009 am 26. März 2009, Seite 005/010
Es gilt das gesprochene Wort!

fordern, sondern auch und vor allem eine Standortsicherung darstellen, der über Generationen hinweg denkbar wäre. Nicht nur Zweigstellen mit Studiengängen der Fachhochschulen sind hier denkbar. Vor allem beim Hintergrund als NATO-Standort wäre auch eine technische Schule der NATO oder aber auch und gerade die 1. technische Schule der EUREGIO Maas-Rhein.

Alles verpasste Chancen, die im vergangenen Jahr dringend hätten angegangen werden müssen.

Die UB-Fraktion hat zu diesen Punkten mit Vertretern von Entscheidungsträgern der angesprochenen Institutionen gesprochen, die ebenfalls solche Einrichtungen für denkbar hielten.

Aber kommen wir von den verpassten Chancen zu den Möglichkeiten der Einsparung. Wenn wir uns den Stellenplan ansehen, stellen wir fest, dass dieser vom Jahr 2006 mit 620 Stellen auf 649 für das Jahr 2009 gestiegen ist. Aber auch die

DIE BÜRGERLICHEN

Heinsberg, den 08.04.2009, Fraktionsvorsitzender der Fraktion der UB im Kreistag des Kreises Heinsberg, Walter Leo Schreinemacher, Rede zur Haushaltssatzung des Kreises Heinsberg für das Haushaltsjahr 2009 am 26. März 2009, Seite 006/010
Es gilt das gesprochene Wort!

Personalkosten mit einer Steigerung von 30.900.000 im Jahr 2006 auf 35.108.000 für 2009 ist erheblich. Bei den Stellen eine Steigerung von 4,7 % und bei den Kosten eine Steigerung von 13,6 %. Verstehen Sie das? 4,7 % Personalsteigerung und 13,6 % Personalkostensteigerung!

Sicherlich! Da liegen ein paar Jahre zwischen mit tariflichen Gehaltserhöhungen. Aber auch Pensionsrückstellungen werden da eine Rolle spielen. Muss man aber nicht die Frage stellen, ob weitere Verbeamtungen überhaupt noch in unsere Zeit passen. Eine Grundsatzfrage, die nur über eine bundesweite Diskussion zu klären ist.

Der Verwaltung des Kreises Heinsberg sind Aufgaben übertragen worden, die die Neueinstellung von Mitarbeitern erforderlich machte. Die kritiklose Haltung der Verwaltungsspitze und der Mehrheitsfraktion gegenüber den Entscheidungsträgern dieser Folgen, also der Landes- und Bundesregierung und deren Vertretern hier im Kreis ist aber

DIE BÜRGERLICHEN

Heinsberg, den 08.04.2009, Fraktionsvorsitzender der Fraktion der UB im Kreistag des Kreises Heinsberg, Walter Leo Schreinemacher, Rede zur Haushaltssatzung des Kreises Heinsberg für das Haushaltsjahr 2009 am 26. März 2009, Seite 007/010
Es gilt das gesprochene Wort!

nicht hinnehmbar. Hier liegt ein Defizit zwischen Anspruch und Wirklichkeit vor. Unter diesen Umständen einem Haushalt zuzustimmen ist abwegig.

In Summe betrachtet haben wir eine Verantwortung vor allem gegenüber den Bürgern im Kreis Heinsberg. Über die Kreisumlage wird diesen Bürgern in den einzelnen Kommunen viel zugemutet. Im Eingang habe ich darauf hingewiesen, dass ein Kreishaushalt nur zu gewährleisten ist unter der Voraussetzung der zur Verfügung stehender Mittel Dritter. Also der Kreisumlage. Ich bezweifle aber, dass dies bei der jetzt dargestellten Kreisumlage und den Prognosen, die für die Wirtschaft und somit auch für das Einnahmeaufkommen der Kommunen im Kreis Heinsberg der Fall sein wird. Werden wir nicht mit steigender Kreisumlage und sinkenden Einnahmen in den Kommunen dazu beitragen, dass einzelne Kommunen ihren Handlungsspielraum durch uns eingeschränkt bekommen. Werden wir hier im Kreis nicht dazu beitragen, dass möglicherweise einzelne Kommunen des Kreises Heinsberg dem Haushaltssicherungskonzept

DIE BÜRGERLICHEN

Heinsberg, den 08.04.2009, Fraktionsvorsitzender der Fraktion der UB im Kreistag des Kreises Heinsberg, Walter Leo Schreinemacher, Rede zur Haushaltssatzung des Kreises Heinsberg für das Haushaltsjahr 2009 am 26. März 2009, Seite 008/010
Es gilt das gesprochene Wort!

entgegen gehen. Zwangsläufig werden dadurch die Bürger des Kreises Heinsberg in den jeweiligen Kommunen in vielfältiger Weise belastet. Die Belastung für die Kommunen über die Kreisumlage ist zu hoch. In Folge daraus auch die Belastung für die Bürger.

Aus Folge hieraus sind alle investiven Maßnahmen des Kreises Heinsberg einer Prüfung zu unterziehen. Es geht nicht darum ob, die Maßnahmen erforderlich und sinnvoll sind. Hier sind wir sicherlich unter Berücksichtigung unserer Kritik der gleichen Meinung, dass alle Maßnahmen begründet sind. Allerdings muss bei jeder Maßnahme erneut intensiv hinterfragt und technisch und organisatorisch geklärt werden, ob dies zum Zeitpunkt 2009 notwendig ist.

Dies zur Reduzierung der Kreisumlage. Aber auch mit gleichem Hintergrund sind „Heilige Kühe“ und unangenehme Themen anzusprechen. Müssen Lohnerhöhungen und Höhergruppierungen der im hochsegmentigen Gehaltsniveau jetzt sein? Kann dies nicht im solidarischen Rahmen zur Reduzierung der Belastung der Bürger im Kreis Heinsberg

DIE BÜRGERLICHEN

Heinsberg, den 08.04.2009, Fraktionsvorsitzender der Fraktion der UB im Kreistag des Kreises Heinsberg, Walter Leo Schreinemacher, Rede zur Haushaltssatzung des Kreises Heinsberg für das Haushaltsjahr 2009 am 26. März 2009, Seite 009/010
Es gilt das gesprochene Wort!

noch ein paar Monate verschoben werden? Sicherlich würde ein solches Zeichen auf freiwilliger Basis durch die Bürger des Kreises Heinsberg entsprechend honoriert und man würde mit entsprechendem Beispiel vorangehen.

Insgesamt ändert dies aber nichts an der Tatsache, dass nach unserer Meinung die Kreisumlage zu hoch ist und durch diese einzelne Kommunen in die Knie gezwungen werden.

Insgesamt dürfen wir aber nicht außer Acht lassen, dass diese Krise nicht durch die Bürger des Kreises Heinsberg zu verantworten ist. Dies liegt vor allem im bürgerfeindlichen Verhalten der Bundes- und Landesregierung und hier im Kreistag des Kreises Heinsberg durch die Vertreter der hierzu gehörenden Parteien, die dies kritiklos mittragen.

Wir haben im Kreis Heinsberg Vertreter im Landtag und Bundestag, die die Bürger des Kreises Heinsberg im Regen stehen lassen. Dies bedauern wir.

Würde die Mehrwertsteuer endlich wieder auf ein erträgliches Maß reduziert, würde die Pseudosteuer, der Solidaritätsbei-

DIE BÜRGERLICHEN

Heinsberg, den 08.04.2009, Fraktionsvorsitzender der Fraktion der UB im Kreistag des Kreises Heinsberg, Walter Leo Schreinemacher, Rede zur Haushaltssatzung des Kreises Heinsberg für das Haushaltsjahr 2009 am 26. März 2009, Seite 010/010
Es gilt das gesprochene Wort!

trag und vor allem der Fond Deutscher Einheit endlich abgeschafft und dies durch die Mehrheitsfraktion hier im Hause mit getragen, könnte man diesem Haushalt noch zustimmen.

Zur Aufstellung des Haushaltsentwurfs des Kreises Heinsberg, hier zum ersten mal in NKF, ist anzumerken, dass vieles transparenter wird. Die Probleme ändern sich nicht.

Ihnen und Ihren Mitarbeitern, Herr Schöpgens, danken wir ausdrücklich für die geleistete Arbeit. Wenn es darum geht, den Haushalt aus handwerklicher Sicht zu werten, müssten wir diesem zustimmen.

Politisch allerdings ist dies vor allem wegen der Kritiklosigkeit der Verwaltungsspitze und der Mehrheitsfraktion zu den Haushaltsmanschetten, die durch die Landes- und Bundesregierung auferlegt werden, nicht tragbar.

Im Namen und Auftrag meiner Fraktion bedanke ich für Ihre Aufmerksamkeit.



FDP-Fraktion im Kreistag des Kreises Heinsberg
Fraktionsvorsitzende: Hildegard Hecker

Beratung des Kreishaushaltes 2009

26. März 2009

Es gilt das gesprochene Wort!

Herr Landrat,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine Damen und Herren,

im Namen der Freien Demokratischen Partei danke ich Ihnen, Herr Schöpgens, und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sehr herzlich für Ihre Bemühungen den Kreishaushalt trotz der Umstellung auf das NKF nun schon einzubringen.

Der Umstieg auf die Dopik erlaubt uns, aber auch den Bürgerinnen und Bürgern unseres Kreises, einen sicherlich umfassenderen Überblick über die wahre finanzielle Lage des Kreises Heinsberg zu erhalten. Dies war bisher nur denen vergönnt, die sich seit Jahren und Jahrzehnten mit dem kammeralen System beschäftigt haben.

Wieder einmal ist der Haushalt ausgeglichen, was einen positiven Eindruck macht. Neue Schulden müssen nicht gemacht werden. Keine neuen Schulden für einen Politstil, der leider zu oft falsche Prioritäten gesetzt hat, die dann finanziell immer wieder ausufernten. Schon in den letzten Jahren wurde kritisiert, dass eine **Allgemeine Rücklage** von 0 Euro eigentlich eine Katastrophe ist. Unser Eigenkapital ist verzehrt, der Kreis ist, wenn man ehrlich ist, pleite!

Aus kaufmännischen und betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten sind Aufwendungen und Erträge gut zusammengestellt, die damit eine gewisse Transparenz vermuten lassen, durch anschauliche Grafiken auch nachvollziehbar dargestellt sind.

Auch die Ausgleichsrücklage ist nach den haushaltsrechtlichen Vorgaben ausreichend.

Ich möchte nicht auf Einzelposten eingehen, das würde den Rahmen sprengen und ist auch nicht die Aufgabe des Kreistages, der abschließend über die Haushaltssatzung und Anlagen entscheidet. Lobenswert sind aber die 25.000 Euro, die im Kampf gegen den Rechtsextremismus eingeplant sind. Die derzeitigen braunen Wellen die über Randerath rollen zeigen mehr denn je, wie wichtig es ist, gerade junge Menschen im Bezug auf politischen Extremismus zu sensibilisieren. Jede Bestrebung, unsere demokratische Grundordnung in Frage zu stellen, muss an den Pranger gestellt und im Keim erstickt werden.

Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen,
leider beschränkt sich unsere Bewertung auf diese wenigen positiven Aspekte.

Wenn man genauer hinsieht, dann merkt man schnell wodurch eigentlich ein ausgeglichener Haushalt erzielt werden kann. Wir veräußern Vermögenswerte des Kreises und leben aus den Rücklagen für die Abfalldeponien. Was ist, wenn morgen der Supergau passiert und wir Geld in die Deponien stecken müssen? Wir haben keinen Cent dafür! Unsere Liquidität nur aus einer Quelle zu beziehen ist unverantwortlich! Das erkennt man nicht auf den ersten Blick und darin muss man die weiterhin fehlende Transparenz im Haushaltsplan bemängeln.

Ein weiteres Problem haben wir mit der Eröffnungsbilanz. Diese Grundlage für die gesamte Haushalts- und Finanzpolitik der kommenden Jahre ist derzeit keine, gar keine. Sie muss erst bis Ende des Jahres beschlossen werden, was ja nachvollziehbar und nicht die Schuld der Kreisverwaltung ist, aber sie kann noch in den nächsten Jahren geändert

werden. Wie können wir denn da einen Überblick über die realen Vermögenswerte und Schulden des Kreises erhalten um zu wissen, was umsetzbar ist und was nicht? **Ich meine: wir können es nicht.**

Die Eckwerte werden sich ständig verändern und stellen damit keine Basis mehr für unsere Arbeit dar, sondern sind nichts anderes als durchdachte Vermutungen. Was sind die Sonderposten, um ein Beispiel zu nennen? Wo findet man diese, wenn man nicht Kämmerer oder Haushaltsexperte der Verwaltung ist? Aufgrund von Spekulationen können wir keine Politik machen.

Personalkosten sind ein weiterer Punkt. Selbstverständlich stehen wir im Vergleich zu anderen Kreisen relativ gut da, was aber nicht dazu verführen darf, sich zurückzulehnen. Mittelfristig müssen wir uns überlegen, wie Kompetenzen gebündelt und Kosten eingespart werden können. Wir honorieren die Leistungen von vielen hart arbeitenden Beamten, Angestellten und Arbeitern – doch wenn es in jedem Unternehmen Optimierungsmöglichkeiten gibt, so gibt es diese im Behördensektor auch, das Land NRW hat es vorgemacht und dabei die Arbeit nicht nur auf die Kommunen abgewälzt.

Ein Blick auf die geplanten Investitionen der nächsten Jahre lohnt sich. 20 Millionen sollen mittelfristig investiert werden. Und das bei einer Finanzlage, die wahrhaft keine Quantensprünge zulässt. Hier ist kein Sparwille erkennbar und das muss sich auch eine Mehrheitsfraktion sagen lassen, die immerhin jeden Beschluss mitgetragen hat, der hohe Kosten in den nächsten Jahren verursacht. Dabei sei angemerkt, dass in dieser Summe keine Investitionen eingeplant sind, die ggf. durch die Konjunkturpakate der Bundesregierung gedeckt sein könnten.

Dabei sind unsere Schulden eigentlich doppelt so hoch, denn in der Summe sind noch keine Rückstellungen eingerechnet, die real greifbar sind.

III. Bundespolitik

Ich habe eben die Konjunkturprogramme der Regierung angesprochen. In der Süddeutschen Zeitung veröffentlichte Karl-Heinz Büschmann am vergangenen Wochenende einen Kommentar, der sich mit dem Helfersyndrom der Regierung beschäftigt. Wieder einmal wird in der Krise der Ruf nach der Politik laut. In den 60ern war es die Kohle, die subventioniert wurde. In den 70ern und 80ern war es die Stahlindustrie. Heute sind es die Banken und Opel, obwohl sich grade bei den staatlichen Banken gezeigt hat: hier hat die Aufsicht seitens der Politik nicht funktioniert. Und nebenbei ist das Paket Nr. 2 ein schwarz-roter Flickenteppich sondergleichen.

Für die Kommunen ist noch nicht einmal klar, was überhaupt finanziell getragen wird. Die Kreis, Städte und Gemeinden wissen noch nicht einmal, ob die Aufträge und Vorhaben überhaupt finanziert werden. Ich möchte mir nicht ausdenken, wie die Verschuldung unserer Kommunen aussieht, wenn plötzlich bestimmte Projekte nicht finanziert werden, von denen man bis dato ausging. Die Bundesregierung nimmt mit undurchsichtigen Richtlinien, vagen Vergabekriterien und einer Auszahlung auf einen viel zu langen Zeitraum, billigend in Kauf, dass die lokale Selbstverwaltung Schulden macht sondergleichen. Wohlklingende Versprechungen stellen sich vielleicht bald als Schuldentreiberei von höchster Stelle heraus. Es ist wieder ein Bürokratiemonster im Gießkannenprinzip, nur weiß diesmal keiner, wo wirklich Wasser ankommt.

Nicht mit der FDP.

Im Kreis Heinsberg gibt es viele Baustellen, zwei will ich exemplarisch hervorheben:

- die Gebrüder-Grimm-Schule hat keine Sporthalle bzw. wird sie erst bekommen, wenn Mittel aus dem Konjunkturpaket II fließen werden. Dass gerade bei diesen Kindern Bewegung einen hohen Stellenwert haben sollte, scheint dabei vergessen.
- Bei den AbfalldPONen von Optimierungsmöglichkeiten zu sprechen ist noch sehr gütig. Immer wieder sind Beschwerden über Bürokratie bei der privaten Abfallentsorgung an den Deponien zu hören.
- Der Öffentliche Personennahverkehr bietet auch noch viele kreative Möglichkeiten. Das Ziel kann nicht heißen: Multibus für alle. Wir müssen Wirtschaftlichkeit und Versorgungsauftrag erfüllen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

von NN stammt der Ausspruch, dass „Provinz keine Landschaft, sondern ein Zustand ist“. Um diesen Zustand auch auf Dauer zu verhindern, bedarf es noch viel wirklicher Anstrengung.

Daher müssen wir den Haushalt leider ablehnen.

Der Kreis Heinsberg hat ein großes Entwicklungspotential, die Menschen fühlen sich wohl und bezeichnen unsere Region mit ihren Eigenheiten und ihrer Vielfalt gerne als ihre Heimat. Die FDP wird in den nächsten Jahren mehr denn je zeigen, dass wir unsere Verantwortung für die Zukunft unseres Kreises wahrnehmen.